

1 Entwurf für das  
2 Ergebnis der Sondierungsgespräche zwischen  
3 CDU/CSU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen  
4 (17.11.2017)  
5  
6

7 Uns eint die Verantwortung für die Menschen und die Zukunft unseres Landes.  
8 Wir sind durch das Wahlergebnis vor die Aufgabe gestellt, eine  
9 handlungsfähige und erfolgreiche Bundesregierung zu bilden. Die Menschen  
10 erwarten von uns, gemeinsam zentrale Herausforderungen unserer Zeit  
11 anzugehen.

12  
13 Unsere Parteien haben seit vielen Jahren verantwortlich Politik mit teils sehr  
14 unterschiedlichen Positionen gestaltet. Gleichwohl haben wir ausgehend von  
15 unseren Werten, Überzeugungen und Programmen in intensiven Gesprächen  
16 um Antworten gerungen. Wir wollen aus unterschiedlichen Auffassungen neue  
17 und überzeugende Antworten gewinnen.

18  
19 Wir wollen Chancen, Respekt und Sicherheit für alle, damit sich jede und jeder  
20 gleichermaßen in unserem Land entfalten kann. Wir wollen das Vertrauen in  
21 unsere Demokratie und unseren Rechtsstaat stärken. Wir stehen zu unserer  
22 Verantwortung für Europa und in der Welt.

- 23  
24 • Wir wollen die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft, einen  
25 funktionierenden Sozialstaat und die Solidität der öffentlichen Finanzen  
26 gleichermaßen stärken. Dies alles bedingt einander.  
27  
28 • Wir wollen unseren Beitrag für den weltweiten Klimaschutz leisten, denn  
29 der Klimawandel bedroht die natürlichen Lebensgrundlagen der  
30 Menschen. Ökologie und Ökonomie gehören zusammen.  
31  
32 • Wir fördern und entlasten umfassend Familien und Kinder, weil sie die  
33 Grundlage unseres Zusammenlebens und unserer Zukunft sind.  
34  
35 • Wir wollen faire und gleiche Chancen für alle durch beste Bildung. Dies  
36 ist Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben, eine innovative und  
37 gerechte Gesellschaft sowie nachhaltiges Wachstum und Wohlstand.  
38  
39 • Wir wollen eine freie und offene Gesellschaft. Wir setzen uns ein für  
40 Gleichberechtigung, Bürgerrechte und einen starken Rechtsstaat.  
41

- 42 • Wir schützen die Menschen und ihre Freiheit durch gut ausgestattete  
43 Polizei und Sicherheitskräfte. Denn Freiheit kann nur in Sicherheit  
44 gelebt werden.
- 45
- 46 • Wir wollen Integration fördern sowie Migration steuern [und begrenzen].  
47 Erst dadurch wird es möglich, dass wir sowohl der Verantwortung  
48 gegenüber unserem Land als auch unserer humanitären Verantwortung  
49 gerecht werden.
- 50
- 51 • Wir wollen die Chancen der Digitalisierung ergreifen für mehr  
52 Lebensqualität und Teilhabe, zukunftsfähige Arbeitsplätze und eine  
53 wettbewerbsfähige Wirtschaft sowie einen modernen und bürgernahen  
54 Staat.
- 55
- 56 • Wir wollen die Menschen bei Steuern, Abgaben und Bürokratie  
57 entlasten.
- 58
- 59 • Wir wollen die Möglichkeit zu sozialer und gerechter Gestaltung unserer  
60 Sicherungssysteme ausbauen.
- 61
- 62 • Wir zielen auf gleichwertige Lebensverhältnisse überall im Land. Dabei  
63 wollen wir insbesondere ländliche Räume stärken.
- 64
- 65 • Wir wollen ein starkes Europa. Denn Deutschland kann es nur gut  
66 gehen, wenn es Europa gut geht.
- 67

68 Wir sind in unseren Gesprächen noch nicht am Ziel. Wir haben einen ersten  
69 Schritt getan und genug Gemeinsamkeiten erarbeitet, um die Aufnahme von  
70 Koalitionsverhandlungen zu empfehlen. Auf dieser verbindlichen, aber nicht  
71 abschließenden Grundlage können wir Koalitionsverhandlungen führen.

72

73 **1. Wirtschaft, Wohlstand, Arbeit und Steuern**

74

75 Deutschland verfügt über eine der stärksten Volkswirtschaften der Welt.  
76 Grundlage dieser Stärke ist die Soziale Marktwirtschaft und unsere weltweit  
77 einzigartige Wirtschaftsstruktur aus großen, mittleren und kleinen  
78 Unternehmen. Selbständige, freie Berufe, Handwerk und Mittelstand sind das  
79 Rückgrat unserer Wirtschaft und schaffen mit Abstand die meisten Arbeits-  
80 und Ausbildungsplätze in Deutschland.

81

82 Um dieses Erfolgsmodell der Sozialen Marktwirtschaft zu erhalten und  
83 fortzuentwickeln, wollen wir die Herausforderungen und Chancen einer  
84 zunehmenden Globalisierung und der Digitalisierung gestalten und die  
85 Klimaschutzziele einhalten.

86

87 Die technische und ökologische Modernisierung unserer Wirtschaft lässt sich  
88 am besten durch die Ordnungsprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft  
89 gestalten. Soziale Marktwirtschaft verlangt Teilhabe aller und fairen  
90 Wettbewerb.

91

92 Dabei leiten uns folgende Grundsätze:

93

- 94 - Wir wollen Vollbeschäftigung in unserem Land erreichen.
- 95 - Freiheitliches unternehmerisches Handeln und Verantwortung für das  
96 eigene Tun sind zwei Seiten einer Medaille. Es gilt die Einheit von  
97 Handeln, Verantwortung und Haftung.
- 98 - Wir wollen Bürokratie abbauen insbesondere für Gründer und Start-ups,  
99 um den Beginn von Selbständigkeit zu vereinfachen.
- 100 - Wir sehen die Tarifpartnerschaft als Stärke unserer Wirtschaft, die es zu  
101 erhalten gilt.
- 102 - Wir setzen auf Anreize zu Eigenverantwortung und Leistungsbereitschaft  
103 sowie Chancengerechtigkeit als Grundlage für Investitionen, nachhaltiges  
104 Wachstum und Arbeitsplätze.
- 105 - Wir wollen die Spitzentechnologien in Deutschland halten, ausbauen und  
106 fördern. Zum Beispiel wollen wir, dass zukunftsfähige  
107 Energiespeichermedien wie Batteriezellen bei uns und in Europa besser  
108 erforscht, entwickelt und produziert werden.

109

110 Kleine Selbständige/Stärkung der freien Berufe/Gründerkultur und  
111 Wagniskapital

112 Wir wollen die freien Berufe stärken und ausbauen.

113

114 - Wir setzen uns auf europäischer Ebene dafür ein, dass die  
115 Mitgliedsländer ihre Konditionen für das Anbieten von Dienstleistungen in  
116 diesem Sinne weiter selbst regulieren können. Das Herkunftslandprinzip  
117 darf nicht durch die Hintertür eingeführt werden.

118 - Wir wollen den Meisterbrief erhalten.

119

120 Wir wollen Unternehmensgründungen erleichtern und weiter fördern, um  
121 insbesondere den Beginn von Selbständigkeit zu vereinfachen. Wir wollen  
122 eine neue Gründungsmentalität. Dazu wollen wir eine „neue Gründerkultur“  
123 etablieren, etwa mit einem Gründer- und Starter-Paket. Dazu gehören unter  
124 anderem:

125

126 - Gründerstipendium,

127 - Gründerkapital,

128 - Rahmenbedingungen Crowdfunding.

129 - Wir wollen die Zugänge zu Wagniskapital für Start-ups und Unternehmen  
130 in der Wachstumsphase stärken und soweit erforderlich mit einem  
131 Venture Capital Gesetz die steuerlichen Förderbedingungen hierfür  
132 verbessern.

133 - Wir wollen unnötige Bürokratie insbesondere für Gründer und Start-ups  
134 abbauen und dabei auch die Chancen der Digitalisierung nutzen (siehe  
135 Bürokratieabbau).

136 - Wir wollen insbesondere Existenzgründerinnen den Weg in die  
137 Selbständigkeit ebnen.

138

### 139 Wettbewerbs- und Kartellrecht

140 Wir wollen das Wettbewerbs- und Kartellrecht stärken und fit machen für das  
141 digitale Zeitalter. Fairer Wettbewerb ist die tragende Säule der Sozialen  
142 Marktwirtschaft und Motor für Innovation und Kreativität. Dabei steht das  
143 Interesse an funktionierenden Märkten und sicheren Daten im Vordergrund.

144

145 - Wir werden [in Koalitionsverhandlungen] prüfen, welche Instrumente des  
146 Wettbewerbsrechts dafür geschärft werden müssen.  
147 (Anwendungsbereich Ministererlaubnis, EU-Fusionskontrolle,  
148 Entflechtungsmöglichkeit).

149 - Wir wollen eine schnellere Durchführung von Missbrauchsverfahren.

- 150 - Für die Vereinbarkeit des Kartellrechts mit den Belangen von  
151 Genossenschaften, die wir stärken wollen, werden wir Leitlinien  
152 entwickeln.  
153 - Fairen Wettbewerb sichern, mit der Anpassung des Wettbewerbsrechts  
154 durch die Einschränkung des Abmahnmissbrauchs.

155

### 156 Green Finance

157 Wir wollen die Rahmenbedingungen für nachhaltige Finanzprodukte (Green  
158 Bonds, Green Infrastructure) EU-weit verbessern. Wir unterstützen die  
159 Erarbeitung einer Anlagekategorie für nachhaltige Finanzprodukte, soweit  
160 hiermit für berichtspflichtige Unternehmen und Kapitalmarktunternehmen keine  
161 überzogenen Bürokratielasten verbunden sind. Nachhaltige Kapitalanlagen  
162 stellen einen Wachstumsmarkt dar und können den Finanzplatz Deutschland  
163 stärken.

164

165 [Zudem wollen wir eine Divestment-Strategie des Bundes sowie seiner  
166 Stiftungen, Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts auf- und  
167 ausbauen. Hierbei darf das Ziel einer möglichst ertragreichen Anlage nicht aus  
168 dem Blick geraten.]

169

### 170 Bürokratieabbau

171 Wir wollen unnötige Bürokratie abbauen.

172

- 173 - Wir werden bestehende und künftige Regelungen einer Kosten-Nutzen-  
174 Analyse unterziehen und den Leitfaden zur Ermittlung und Darstellung  
175 des Erfüllungsaufwandes überarbeiten.  
176 - Wir prüfen weitere bürokratische Entlastungen bei der Vorfälligkeit der  
177 Sozialversicherungsbeiträge.  
178 - Wir werden die Verkürzung der steuerlichen Aufbewahrungsfristen unter  
179 Berücksichtigung der Möglichkeiten der Digitalisierung überprüfen.

180

181 [Wir wollen eine zeitliche Begrenzung von Gesetzen sowie eine qualitative und  
182 quantitative Weiterentwicklung der one-in-one-out-Regelung. Ggf. One-in-two-  
183 out-Regelung. Entbürokratisierung Mindestlohn. 1-zu-1-Umsetzung EU-  
184 Richtlinien. Flexibilisierung des Arbeitszeitrechts. Regelungen zum Schutz von  
185 Menschenrechten, der Interessen der Beschäftigten sowie der Umwelt sind  
186 vom Bürokratieabbau ausgeschlossen.]

187

### 188 Balance zwischen ökologischer und wachstumsorientierter Politik

189 Soziale Marktwirtschaft fördert keine Monopole und wirtschaftliche  
190 Machtballungen. Freier und fairer Handel [und eine exportorientierte  
191 marktwirtschaftliche Außenwirtschaftspolitik sind] ist eine wichtige Säule der  
192 Sozialen Marktwirtschaft und schafft Wohlstand für alle Beteiligten. Soziale  
193 Marktwirtschaft heißt auch, die Verzahnung von Ökonomie, Ökologie und  
194 sozialen Aspekten. Deutsche Produkte sind nachhaltig und auch deshalb  
195 international gefragt. In vielen Umwelttechnologien ist Deutschland  
196 Exportweltmeister. Derzeit nimmt die deutsche Wirtschaft im Bereich Umwelt-  
197 und Effizienztechnologien eine führende Stellung ein. Ziel soll es sein, dass  
198 dies auch im Bereich digitaler Umwelt-, Effizienz- und Steuerungstechnologien  
199 in der Industrieproduktion und in den Bereichen Energie und Mobilität  
200 dauerhaft gelingt. Die Digitalisierung soll als Nachhaltigkeitsmotor Energie-  
201 und Ressourceneffizienz entscheidend voranbringen.

202

- 203 - Daher wollen wir Forschung und Entwicklung weiter technologieoffen  
204 vorantreiben.
- 205 - Wir wollen Innovationen und Kreativität fördern – mit einer steuerlichen  
206 Forschungsförderung mit besonderer Mittelstandsprägung.
- 207 - Zur Fachkräftesicherung muss die Weiterbildung und Qualifizierung  
208 gemeinsam mit Tarifpartnern und Ländern weiter ausgebaut werden.

209

#### 210 Langzeitarbeitslose

211 Gemeinsames Ziel ist es, mehr Langzeitarbeitslosen den Einstieg in den  
212 Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Deshalb wollen wir

- 213 - die nachholende Qualifizierung ausbauen sowie uns um spezielle  
214 Zielgruppen (u.a. Alleinerziehende und junge Erwachsene ohne Schul-  
215 und Ausbildungsabschluss) intensiver kümmern.
- 216 - die Fördermaßnahmen der Jobcenter evaluieren, vergleichbar machen  
217 und verbessern sowie mehr regionale Entscheidungsspielräume  
218 ermöglichen.
- 219 - die Zuverdienstgrenzen im Arbeitslosengeld II gezielt verbessern, um  
220 mehr Menschen aus dem Transferbezug herauszuholen. Fehlanreize  
221 sind dabei zu vermeiden.
- 222 - eine dauerhafte gezielte Förderung für Langzeitarbeitslose mit  
223 mehrfachen Vermittlungshemmnissen über einen Passiv-Aktiv-Transfer  
224 einführen, um sie an den ersten Arbeitsmarkt heranzuführen. Dabei sind  
225 Fehlanreize zu vermeiden.

226

#### 227 Arbeitsmarkt

- 228 - Wir wollen befristete Arbeitsverträge mit und ohne Sachgrund erhalten,  
229 aber ihren Missbrauch bekämpfen.
- 230 - Der Mindestlohn gilt. Wir wollen sicherstellen, dass ehrenamtliche  
231 Tätigkeit nicht erschwert wird. [Darüber hinaus wollen wir eine  
232 Entbürokratisierung, z.B. bei Dokumentationspflichten,  
233 Auftraggeberhaftung und Praktika erreichen.]
- 234 - [Wir wollen das Arbeitszeitgesetz so verändern, dass die Spielräume  
235 der EU-Arbeitszeitrichtlinie [durch die Tarifpartner] genutzt werden  
236 können.]
- 237 - [Wir wollen die Mini- und Midijob-Grenze dynamisieren] [und im  
238 Gegenzug eine Rentenversicherungspflicht einführen].

239

#### 240 Paket kleine Selbständige

241 Wir wollen Selbstständigkeit fördern und Selbständige entlasten, unter  
242 anderem durch Bürokratieabbau, insbesondere bei der Statusfeststellung, und  
243 eine Reduzierung der Mindest-Krankenversicherungsbeiträge.

244 In Verbindung damit wollen wir auch eine gründerfreundliche Pflicht zur  
245 Altersvorsorge für nicht anderweitig abgesicherte Selbständige einführen, die  
246 Wahlfreiheit sicherstellt. Selbständige sollen frei in der Wahl ihrer Absicherung  
247 sein, wenn diese insolvenzsicher ist und zu einer Absicherung oberhalb des  
248 Grundsicherungsniveaus führt.

249 Die Riesterförderung soll künftig auch Selbständigen offenstehen.

250

251 **2. Klima, Energie und Umwelt**

252

253 Klimaziele 2020, 2030, 2050 einhalten

254 1. Das Klimaschutzabkommen von Paris sowie die europäischen und  
255 nationalen Klimaziele für 2020, 2030 und 2050 gelten.

256

257 2. Wir wollen die Einhaltung dieser Ziele erreichen und gleichzeitig die  
258 Versorgungssicherheit und die Bezahlbarkeit von Energie sowie die  
259 Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaft gewährleisten.

260

261 3. Zur Erreichung dieses Zieldreiecks sind zusätzliche Maßnahmen in  
262 folgenden relevanten Bereichen erforderlich:

263

264 Sofortprogramm, zusätzliche Reduktionsbeiträge für 2020, Beitrag der Kohle  
265 zur CO<sub>2</sub> Reduzierung

266 [Die Handlungslücke zur Erreichung des Klimaschutzziels 2020 beträgt nach  
267 derzeitigen Schätzungen zwischen 32 und 66 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>. Diese  
268 Lücke wird bis zur Hälfte durch die Reduzierung der Kohleverstromung  
269 geschlossen. Zur Wahrung der Versorgungssicherheit wird die  
270 Kohleverstromung damit bis zum Jahr 2020 um höchstens 3 bis 5 Gigawatt  
271 reduziert.] [CDU, CSU, FDP]

272

273 [Die Handlungslücke zur Erreichung des Klimaschutzziels 2020 beträgt nach  
274 derzeitigen Schätzungen zwischen 90 und 120 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>. Zur  
275 Schließung der Lücke müssen alle Sektoren ihren Beitrag leisten. Mindestens  
276 die Hälfte dieser Lücke wird durch die Reduzierung der Kohleverstromung  
277 geschlossen. Daraus folgt, dass die Kohleverstromung bis zum Jahr 2020 um  
278 8 bis 10 Gigawatt zu reduzieren ist. Darüber hinaus werden wir ein  
279 Kohleausstiegsgesetz beschließen, mit dem wir die Pariser Klimaziele  
280 erfüllen.] [Grüne]

281

282 Dies muss planbar und sozialverträglich erfolgen. Die Interessen der Regionen  
283 und der Beschäftigten müssen dabei gewahrt bleiben. Den Strukturwandel  
284 werden wir [finanziell] [CDU, CSU, Grüne] unterstützen.

285

286 Die verbleibende Lücke [wird] [Grüne] [wollen wir] [CDU, CSU, FDP] durch  
287 Maßnahmen in weiteren Bereichen [geschlossen] [Grüne] schließen [CDU,  
288 CSU FDP]. Dazu gehören unter anderem zusätzliche Anstrengungen bei den  
289 Erneuerbaren Energien, Austauschprogramm Heizungen,



290 Gebäudesanierungen und die Förderung alternativer Antriebsformen,  
291 insbesondere Elektromobilität.

292

### 293 Erneuerbare Energien

294 Wir wollen eine Reform des EEG, die dazu beiträgt, die Erneuerbaren  
295 Energien zur Marktreife zu bringen. Wir werden den Ausbau der Erneuerbaren  
296 Energien [analog zu den Klimazielen] [Grüne] kosteneffizient [beschleunigen]  
297 [Grüne] [vorantreiben] [CDU, CSU, FDP]. [Wir werden die gesetzliche  
298 Deckelung von Ökostrom streichen.] [Grüne]

299 [Wir werden die EEG-Umlage für Neuanlagen abschaffen. Für alte Anlagen gilt  
300 Bestandsschutz.] [FDP]

301

302 Wir werden die Ausschreibungen reformieren, um die Projektumsetzung, die  
303 regionale Verteilung, die Akzeptanz der Anwohner sowie den Umwelt- und  
304 Landschaftsschutz beim Ausbau der Erneuerbaren Energien sicherzustellen.

305 Wir wollen den Netzausbau beschleunigen. [Wir werden dafür das  
306 Netzausbaubeschleunigungsgesetz novellieren.] [CDU, CSU, FDP]

307

### 308 Speichertechnologien

309 Wir werden Speichertechnologien durch Forschung und Entwicklung von  
310 Batterietechnologien sowie Power-to-„X“-Verfahren, den weiteren Abbau von  
311 bürokratischen Hemmnissen sowie von Umlagen und Abgaben voranbringen  
312 und weiter fördern.

313

314 Wir werden die Sektorenkopplung und die Nutzung von Kraft-Wärme-  
315 Kopplung voranbringen.

316

### 317 Austauschprogramm Heizungen, Gebäudesanierung

318 Wir legen ein unbürokratisches Förderprogramm für den Austausch alter  
319 Heizungen zu Gunsten klimafreundlicher Heizsysteme unter Einbeziehung  
320 Erneuerbarer Energien auf. Wir werden die energetische Gebäudesanierung  
321 [für selbstnutzende Eigentümer] [Grüne] steuerlich fördern.

322

323 [Wir werden Kommunen mit einem neuen Förderprogramm bei der  
324 sozialverträglichen energetischen Sanierung von Wohnquartieren  
325 unterstützen] [Grüne].

326

### 327 Weitere Maßnahmen

328 Wir wollen den Emissionshandel stärken,

329 [die Einführung von Emissionshandelssystem in den Bereichen Verkehr und  
330 Wohnen prüfen und im Gegenzug die Stromsteuer auf das europäische  
331 Mindestmaß senken.] [CDU, CSU, FDP]

332 [deswegen wollen wir einen CO<sub>2</sub>-Mindestpreis im Rahmen der verstärkten  
333 Zusammenarbeit in Europa einführen.] [Grüne]

334

335 [Wir wollen eine aufkommensneutrale, am CO<sub>2</sub>-Gehalt orientierte Reform der  
336 Energiesteuern auf Heiz- und Kraftstoffe, unter Berücksichtigung der  
337 Stromsteuer.] [Grüne]

338

339 Wir ermöglichen die degressive Abschreibung für Effizienzmaßnahmen in der  
340 Industrie und für CO<sub>2</sub>-arme Prozesse.

341

342 Wir steigen in die CO<sub>2</sub>-Kreislaufwirtschaft ein.

343

344 Wir digitalisieren und flexibilisieren die Energieinfrastruktur.

345

346 Wir stärken den internationalen Klimaschutz.

347

348 [Wir garantieren Planungssicherheit für energieintensive Unternehmen zur  
349 Vermeidung von Carbon Leakage]. [CDU, CSU, FDP]

350

#### 351 Verkehrssystem

352 Wir werden die Potentiale der Digitalisierung und neuer Technologien  
353 emissionsarmer Mobilität (insbesondere Elektromobilität) stärker nutzen, um  
354 Verkehr effizienter und umweltfreundlicher zu gestalten und Staus zu  
355 reduzieren.

356

#### 357 Umwelt

358 Wir sind der Bewahrung der Schöpfung für uns und unsere Kinder verpflichtet.  
359 Eine saubere Umwelt und der Schutz unserer einzigartigen Natur sind unser  
360 Ziel. Dafür werden wir wirksame Maßnahmen ergreifen, um den Artenschwund  
361 zu stoppen, [die Landnutzung umweltgerecht zu gestalten] [FDP], Wasser und  
362 Böden besser zu schützen, die Luft sauber zu halten und unsere wertvollen  
363 Ressourcen im Kreislauf zu führen.

364

365 [Wir werden umgehend die Ursachen des Rückgangs der  
366 Insektenpopulationen untersuchen und gleichzeitig ein Sofortprogramm für

367 den Schutz und die Verbesserung der Lebensbedingungen der Insekten  
368 erarbeiten und umsetzen.] [CDU, CSU, Grüne].

369  
370 [Wir werden Umwelt- und Klimapolitik gemeinsam mit allen gesellschaftlichen  
371 Partnern effizient, technologieoffen und innovationsfördernd gestalten und  
372 damit den Wirtschaftsstandort stärken und Arbeitsplätze sichern und  
373 zukunftsfähig machen.] [CDU, CSU, FDP].

374

375 **3. Familien und Kinder, Frauen, Senioren und Jugend**

376

377 Eine gute Politik für Familien und Kinder ist für uns von zentraler Bedeutung.  
378 Wir wollen die politischen Rahmenbedingungen so setzen, dass Familien so  
379 leben können, wie sie es sich selbst wünschen. Dafür brauchen sie finanzielle  
380 Unterstützung, Zeit für Familie und eine passgenaue Infrastruktur zur  
381 besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch verlässliche Bildung- und  
382 Betreuungsangebote.

383

384 Wir wollen alle Familien finanziell entlasten und den Bezug von  
385 familienbezogenen Leistungen zielgenauer und unbürokratischer gestalten.  
386 Dabei steht für uns die Bekämpfung der Kinderarmut in einem besonderen  
387 Fokus.

388

389 Zur besseren Absicherung von Kindern, werden wir folgende Maßnahmen  
390 ergreifen:

391 Das Kindergeld wird deutlich erhöht. Der Kinderzuschlag wird zukünftig  
392 automatisch ausgezahlt, um sicher zu stellen, dass alle Kinder, die einen  
393 Anspruch darauf haben, den Zuschlag auch erhalten. Der Auszahlungsbetrag  
394 wird erhöht, so dass er zusammen mit dem Kindergeld den Mindestbedarf  
395 nach Lebensalter garantiert. Zudem wird die Höchsteinkommensgrenze  
396 abgeschafft. Neben dem Kindergeld wird auch der Kinderfreibetrag erhöht.  
397 Auch die Bedarfe für Bildung und Teilhabe sollen verbessert werden: Das  
398 Schulstarterpaket soll erhöht werden und der Eigenanteil zur  
399 gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung in Kitas und Schulen soll entfallen.

400

401 Wir wollen Leistungen bündeln und auf ihre Wechselwirkung mit anderen  
402 Leistungen hin überprüfen. Insbesondere wollen wir Anreize setzen, die die  
403 Aufnahme einer Erwerbstätigkeit auf Seiten der Eltern befördern und  
404 sicherstellen, dass sich Erwerbstätigkeit lohnt.

405

406 \* Anlage:

407 Vorstellungen konkret:

- 408 • 25€ Erhöhung Kindergeld, entsprechende Erhöhung Freibetrag [auf 8.000  
409 €]
- 410 • Kinderzuschlag und Kindergeld sollen zusammen Mindestbedarf nach  
411 Lebensalter decken – durchschnittlich 399 € / In 2018
- 412 • Schulstarterpaket erhöhen von 100€ auf 153€
- 413 • Eigenanteil zur gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung: 1 €

414  
415 Damit Mütter und Väter Familie und Beruf besser vereinbaren können, wollen  
416 wir bedarfsgerecht flexible, qualitativ hochwertige Bildungs- und  
417 Betreuungsangebote in Krippen und Kitas und für Grundschulkindern fördern.

418  
419 Der Bund wird sich weiterhin an der Finanzierung zusätzlicher Krippen- und  
420 Kita-Plätze wie auch der Tagespflege und an Maßnahmen zur Verbesserung  
421 der Qualität beteiligen. Für den bedarfsgerechten Ausbau der  
422 Betreuungsangebote soll der bisherige Haushaltsansatz („Sondervermögen  
423 Kinderbetreuungsausbau“) weitergeführt bzw. bedarfsgerecht erhöht werden.  
424 [CSU: Wir stehen für die Wahlfreiheit der Eltern im Hinblick auf Erziehung und  
425 Betreuung ihrer Kinder. Daher stellt der Bund daneben den Ländern die Mittel  
426 aus dem früheren Betreuungsgeld (Betreuungsgeldmilliarde) über 2018  
427 unbefristet zur Verfügung.] Die Qualität in den Kindertageseinrichtungen soll  
428 durch die Umsetzung des Beschlusses der JFMK vom Mai 2017 verbessert  
429 werden.

430  
431 [Wir wollen einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für  
432 Grundschulkindern. Vorbehaltlich der Einigung über den Umsetzungsweg (z.B.  
433 Wegfall Kooperationsverbot)]

434  
435 Im Familienrecht müssen das Kind und sein Wohl im Mittelpunkt stehen.  
436 [Grüne: Seine Bindungen zu leiblichen wie sozialen Eltern sollen geschützt  
437 werden. Wir wollen die rechtlichen Konsequenzen der „Ehe für alle“ schnell  
438 umsetzen und dabei insbesondere eine Regelung schaffen, um die  
439 Stiefkindadoption überflüssig zu machen. Elternschaftsvereinbarungen schon  
440 vor der Zeugung wollen wir möglich machen. In einer Kommission werden wir  
441 außerdem prüfen, welche weiteren familienrechtlichen Fragen einer  
442 Präzisierung bzw. Neuregelung bedürfen. Zudem wollen wir das  
443 Transsexuellengesetz reformieren, dabei insbesondere Namen- und  
444 Personenstandsänderung erleichtern, und das Urteil des  
445 Bundesverfassungsgerichts zur Intersexualität umgehend umsetzen. Zudem  
446 wollen wir einen Aktionsplan gegen Homo- und Transfeindlichkeit aufstellen  
447 und konsequent umsetzen. Die Diskriminierung unverheirateter und lesbischer  
448 Paare beim Zugang zur Reproduktionsmedizin wollen wir beenden.]

449 [FDP: Modernes Familienrecht Im Familienrecht müssen das Kind und sein  
450 Wohl im Mittelpunkt stehen. Seine Bindungen zu leiblichen wie sozialen Eltern  
451 sollen geschützt werden. Wir wollen die rechtlichen Konsequenzen der „Ehe  
452 für alle“ schnell umsetzen und dabei insbesondere eine Regelung schaffen,

453 um die Stiefkindadoption in den Fällen überflüssig zu machen, in denen der  
454 leibliche Vater nicht rechtlicher Vater sein will. Um in den anderen Fällen  
455 Rechtssicherheit zu schaffen, wollen wir Elternschaftsvereinbarungen schon  
456 vor der Zeugung möglich machen. In einer Kommission werden wir außerdem  
457 prüfen, welche weiteren familienrechtlichen Fragen einer Präzisierung bzw.  
458 Neuregelung bedürfen. Zudem wollen wir das Transsexuellengesetz  
459 reformieren, dabei insbesondere Namen- und Personenstandsänderung  
460 erleichtern, und das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Intersexualität  
461 umgehend umsetzen. Wir werden einen eigenständigen Aktionsplan gegen  
462 Homo- und Transfeindlichkeit mit konkreten und nachprüfbar Maßnahmen  
463 entwickeln und umsetzen, der auch die Arbeitswelt einschließt. Abstimmungen  
464 zu Fragen der Reproduktionsmedizin werden wir freigeben. Das sog.  
465 Wechselmodell als Modell zur Regelung der Betreuung minderjähriger Kinder  
466 machen wir nach Trennung oder Scheidung der Eltern zum Regelfall, wenn  
467 das Kindeswohl dem nicht entgegensteht und die Eltern keine  
468 einvernehmliche Regelung treffen.]

469 [Union: Wir schützen und fördern Ehe und Familie ohne dabei andere  
470 Lebensformen auszugrenzen oder zu diskriminieren. Wir sehen und  
471 anerkennen die einzelnen Lebensentwürfe und die damit verbundenen  
472 unterschiedlichen Familienmodelle. Das BGB gibt bereits heute die  
473 Möglichkeit, individuell darauf zu reagieren. Das Kindeswohl im Einzelfall ist  
474 und bleibt für uns der Maßstab für Aufenthalts- und Betreuungsregelungen. Die  
475 Möglichkeiten zur Anerkennung von im Ausland geschlossenen Mehrehen  
476 werden wir abschaffen.

477 Wir verurteilen Diskriminierung jeder Art und treten ihr energisch entgegen.  
478 Den entsprechenden Nationalen Aktionsplan von 2017 werden wir  
479 insbesondere auf seine Vorschläge gegen Diskriminierung aus Gründen der  
480 sexuellen Identität überprüfen, wo nötig ergänzen und umsetzen. In diesem  
481 Kontext erfolgte Maßgaben des Bundesverfassungsgerichtes werden wir zügig  
482 umsetzen.]

483  
484 Wir wollen, dass Familien mehr Zeit füreinander haben und insbesondere  
485 Beruf und Pflege miteinander vereinbar sind. Im Sinne von Wahlfreiheit wollen  
486 wir Eltern darin unterstützen, ihrem Wunsch nach einer partnerschaftlichen  
487 Aufteilung von Erwerbs- und Familienarbeit entsprechen zu können. Das  
488 Thema Lebensarbeitszeitkonten, Familienzeitkonten und KinderZeit Plus wird  
489 im Rahmen eventueller Koalitionsverhandlungen näher beraten.

490

491 Im Bereich der Gleichstellung wurden Fortschritte erreicht, aber weitere  
492 Anstrengungen sind notwendig.

493

494 [Union und Grüne bekennen sich zu dem grundsätzlichen Ziel, einen  
495 Rechtsanspruch auf befristete Teilzeit gesetzlich zu verankern, wobei sie dies  
496 an folgende unterschiedliche Bedingungen knüpfen wollen:

497 • Bündnis 90/DIE GRÜNEN möchten eine Regelung analog zur Regelung  
498 im Teilzeit- und Befristungsgesetz (insbesondere: soll für Betriebe ab 15  
499 Mitarbeitern gelten)

500 • Für die Union bedürfen die Frage der Betriebsgröße (200 Arbeitnehmer)  
501 sowie die Frage, ob der Anspruch anlasslos oder für bestimmte  
502 Lebenssituationen (Kinderziehung, Pflege) gelten soll, der besonderen  
503 Klärung.

504 • Für die FDP ist die Zustimmung zu diesem dieses Ziel an weitere  
505 Bedingungen zu knüpfen (der Arbeitnehmer muss für mind. 1 Jahr in Teilzeit  
506 gehen und seine Arbeitszeit auf min. 50 Prozent reduzieren, die Regelung gilt  
507 nur für einen max. Anteil der Belegschaft von 10 oder 15 Prozent).]

508

509 [Grüne: Abschaffung Ehegattensplitting für Neu-Ehen]

510 [FDP, Grüne: Auswirkungen des aktuellen Steuerrechts auf die ökonomische  
511 Ungleichheit zwischen Männern und Frauen wollen wir reduzieren. Bei  
512 Erwerbstätigkeit beider Partner erhalten beide die Steuerklasse IV und können  
513 auf Antrag das Faktorverfahren wählen. Einseitige Modelle, wie die  
514 Steuerklasse V, wollen wir abschaffen. Die Steuerklasse III bleibt erhalten.]

515 [Union: Beibehaltung Ehegattensplitting]

516 [CSU: keine Änderung des Steuersystems]

517

518 [Union + FDP:] Gewalt gegen Frauen, Bedrohungen und Übergriffe müssen  
519 konsequent verfolgt und bestraft werden, Schutz- und Aufnahmeeinrichtung  
520 zur Verfügung gestellt werden. Der Bund ist bereit, sich an der Aus- und  
521 Fortbildung der in diesen Einrichtungen Beschäftigten angemessen zu  
522 beteiligen.]

523 [Grüne: Gewalt gegen Frauen, Bedrohungen und Übergriffe müssen  
524 konsequent verfolgt und bestraft werden. Wir werden für eine sichere und  
525 ausreichende Finanzierung von Frauenhäusern unter Beteiligung des Bundes  
526 sorgen. Keine Frau in Not darf abgewiesen werden. Hierzu werden wir  
527 gemeinsam mit den Ländern zu Beginn dieser Legislaturperiode ein Konzept  
528 erarbeiten und innerhalb dieser Legislaturperiode umsetzen.]

529

530 Gerade in ein einer alternden Gesellschaft dürfen die Interessen der Kinder  
531 und Jugendlichen nicht hinten anstehen. Wir wollen deshalb dafür sorgen,  
532 dass die Belange der Kinder und Jugendlichen eine wichtige Rolle spielen.

533  
534 Wir wollen die Rechte von Kindern ausdrücklich ins Grundgesetz aufnehmen.

535



536 **4. Soziales, Rente, Gesundheit und Pflege**

537

538 Sozialversicherungsbeiträge

539 Unser gemeinsames Ziel ist die Stabilisierung der Sozialversicherungsbeiträge  
540 [unter 40 Prozent]. Dazu sollen unter anderem versicherungsfremde  
541 Leistungen künftig stärker als bisher über Steuern finanziert werden.

542 [Den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung wollen wir senken, sobald eine  
543 ausreichende Rücklage erreicht ist.]

544

545 Rente

546 [Es ist zu erwarten, dass das Rentenniveau und die Beitragssätze in dieser  
547 Legislaturperiode stabil bleiben.]

548

549 [Wir wollen das Rentenniveau und die Beitragssätze für die Dauer der  
550 Legislaturperiode stabil halten durch geeignete Maßnahmen im Rahmen der  
551 geltenden Rentenformel.]

552

553 Rentenpolitische Maßnahmen

554 - Wir werden die Erwerbsminderungsrente weiter verbessern. Dazu wird  
555 die Zurechnungszeit von derzeit 62 Jahren auf das derzeit geltende  
556 gesetzliche Renteneintrittsalter (65 Jahre und 8 Monate) angehoben  
557 und anschließend schrittweise weiter parallel zum Anstieg des  
558 Renteneintrittsalters angepasst.

559 - Private Vorsorge stärken: Unser gemeinsames Ziel ist die Verbesserung  
560 der privaten Altersvorsorge, im Zuge dessen sprechen wir über deren  
561 Verbreitung, eine Verbesserung der Anlagemöglichkeiten (z.B. durch ein  
562 Standardprodukt), die Verbraucherfreundlichkeit, sowie die Förderung  
563 von Geringverdienern und die Einführung einer säulenübergreifenden  
564 digitalen Vorsorge-Information für mehr Transparenz.

565 - Rentnerinnen und Rentner, die Anspruch auf Grundsicherung haben,  
566 sollen die Beantragung unter dem Dach der Rentenversicherung  
567 vornehmen und die Auszahlung aus einer Hand erhalten.

568 - [Die Verbesserung der Mütterrente a) durch einen zusätzlichen 3. Punkt,  
569 b) durch die Nicht-Anrechnung der bestehenden Mütterrente auf die  
570 Grundsicherung. Die Frage der Steuerfinanzierung der Mütterrente.]

571 - [Abschaffung der Doppelverbeitragung für Direktversicherungen].

572 - Flexibilisierung Renteneintritt: [Es ist strittig, ob dies als rentenpolitische  
573 Maßnahme a) unmittelbar vereinbart werden soll oder die

574 Flexibilisierung Thema b) in der Koalitions-Arbeitsgruppe oder c) in der  
575 Rentenkommission sein soll.]:

576 [Wir wollen einen flexiblen Renteneintritt schaffen, in dem die Menschen  
577 bei versicherungsmathematisch korrekter Berechnung freier  
578 entscheiden können, wann sie in Rente gehen.]

579 [Wir prüfen weitere Möglichkeiten der Flexibilisierung beim  
580 Renteneintritt.]

581

582 Koalitions-Arbeitsgruppe (terminiert bis Ende 2018)

583 Uns eint der Wille, dass jemand der länger gearbeitet hat, im Alter mehr haben  
584 soll als die Grundsicherung. Hierfür gibt es verschiedene Vorstellungen und  
585 Modelle (z.B. Ausweitung von Freibeträgen in der Grundsicherung, Rente  
586 nach Mindestentgeltpunkten, Modell einer Garantierente). Hierüber wird die  
587 Koalition bis Ende 2018 entscheiden und in dieser Wahlperiode umsetzen.

588

589 Rentenkommission

590 Im Mittelpunkt der Rentenkommission steht die Frage nach der mittel- und  
591 langfristigen Zielsetzung des Rentenniveaus und der Beitragssatzentwicklung  
592 unter Berücksichtigung der Generationengerechtigkeit. Die Kommission  
593 besteht aus Vertretern von Politik, Wissenschaft und Sozialpartnern. Über die  
594 Besetzung der Kommission entscheidet die Koalition. Die Kommission legt bis  
595 Ende 2019 ihre Ergebnisse vor. Sollte sich vor dem Jahr 2030 aufgrund der  
596 Empfehlungen der Kommission Handlungsbedarf ergeben, werden wir die  
597 notwendigen Maßnahmen ergreifen.

598

599 Pflege

600

601 Sofortprogramm

602 Wir wollen die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung in der Alten- und  
603 Krankenpflege sofort und deutlich spürbar verbessern. Es werden  
604 Sofortmaßnahmen für eine bessere Personalausstattung in der Altenpflege  
605 und im Krankenhausbereich ergriffen und dafür zusätzliche Stellen  
606 zielgerichtet gefördert. Dieses Programm umfasst unter anderem eine  
607 Ausbildungsinitiative, Anreize für eine bessere Rückkehr von Teil- in Vollzeit,  
608 ein Wiedereinstiegsprogramm, eine bessere Gesundheitsvorsorge für die  
609 Beschäftigten sowie eine Weiterqualifizierung von Pflegehelfern zu  
610 Pflegefachkräften.

611

612 Im Krankenhausbereich streben wir zusätzlich eine vollständige  
613 Refinanzierung von Tarifsteigerungen an verbunden mit der Nachweispflicht,  
614 dass dies auch tatsächlich bei den Beschäftigten ankommt.

615  
616 Wir wollen eine „konzertierte Aktion Pflege“ zur bedarfsgerechten  
617 Weiterentwicklung der Situation in der Altenpflege. Dazu gehören  
618 insbesondere Angebote in der Kurzzeit- und Tagespflege, die besonders  
619 pflegende Angehörige unterstützen.

#### 620 Arbeitsbedingungen Pflege

621 Dem Sofortprogramm müssen weitere Schritte folgen. Deshalb entwickeln wir  
622 verbindliche Personalbemessungsinstrumente.

624

#### 625 Schulgeld

626 Wir wollen das Schulgeld für die Ausbildung in den Heilberufen abschaffen, so  
627 wie es in den Pflegeberufen bereits beschlossen wurde.

628

#### 629 Einkommensheranziehung Pflege

630 Auf das Einkommen der Kinder von pflegebedürftigen Eltern soll künftig erst  
631 ab einem Einkommen in Höhe von 100.000 Euro im Jahr zurückgegriffen  
632 werden.

633

#### 634 Gesundheit

635

#### 636 Finanzierung des Gesundheitswesens

637 [Wir wollen die Belastung der Versicherten durch Zusatzbeiträge in der GKV  
638 begrenzen.]:

639 • [Der durchschnittliche Zusatzbeitrag darf 1,1% nicht übersteigen.]

640 • [Der durchschnittliche Zusatzbeitrag darf 1,5% nicht übersteigen]

641 [Die Wahlfreiheit der Beamten bei der Auswahl ihrer Krankenversicherung wird  
642 gestärkt.]

643

#### 644 Landarztgarantie/Notfallversorgung/Vernetzung ambulant-stationär

645 Die Gesundheitsversorgung muss überall in Deutschland gleichermaßen  
646 gewährleistet sein. Auch die Menschen in ländlichen und sozial  
647 benachteiligten Regionen haben einen Anspruch auf gute Versorgung.  
648 Besondere Anstrengungen bedarf es für eine gute ärztliche Versorgung im  
649 ländlichen Raum sowie bei der flächendeckenden Sicherstellung der  
650 Geburtshilfe und Hebammenversorgung.

651  
652 Um dieses Ziel zu erreichen, werden wir die Kooperation und Vernetzung in  
653 unserem Gesundheitswesen verbessern, Hürden für die vernetzte regionale  
654 Versorgung abbauen und Schritte zu einer sektorübergreifenden  
655 Versorgungsplanung einleiten.

656 Besonderen Handlungsbedarf sehen wir bei der Weiterentwicklung der  
657 Notfallversorgung und der digitalen Vernetzung in unserem  
658 Gesundheitswesen, u.a. auch durch entsprechende Investitionen im  
659 Krankenhausbereich.

660

#### 661 Medizinischer Dienst

662 Wir werden die Unabhängigkeit des medizinischen Dienstes durch eine  
663 rechtlich unabhängige Trägerschaft bei Erhalt der regionalen  
664 Organisationsformen stärken.

665

#### 666 Apotheken

667 [Wir wollen den Versandhandel mit rezeptpflichtigen Arzneimitteln zur  
668 Sicherstellung einer flächendeckenden Apothekenversorgung verbieten].

669 [Wir wollen Maßnahmen zur Sicherstellung der Arzneimittelversorgung  
670 insbesondere in ländlichen und sozial benachteiligten Regionen ergreifen.  
671 Eine flächendeckende Arzneimittelversorgung braucht beides:  
672 Präsenzapotheken und in- und ausländischen Versandhandel.]

673

#### 674 Cannabis

675 Wir wollen die Versorgung von Menschen mit medizinischem Cannabis weiter  
676 verbessern. Daher werden wir das Verschreibungsverfahren  
677 entbürokratisieren und digitalisieren sowie auf eine ausreichende Versorgung  
678 der Patientinnen und Patienten mit Medizinalhanf hinwirken.

679 [Wir werden ein Cannabiskontrollgesetz auf dem Weg bringen. Damit wollen  
680 wir Cannabiskonsumenten wirksam entkriminalisieren und legale lizenzierte  
681 Abgabestellen für Cannabis mit effektivem Jugend- und Gesundheitsschutz  
682 schaffen.]

683

684 **5. Bildung, Forschung und Innovation**

685

686 Die Gesprächspartner wollen in den nächsten vier Jahren Bildung,  
687 Wissenschaft, Forschung und Innovation deutlich stärken und machen sich  
688 das Ziel zu eigen, gesamtstaatlich bis zum Jahr 2025 für Bildung und  
689 Forschung insgesamt mehr als 10 Prozent des BIP aufzuwenden. Wir wollen,  
690 dass Deutschland künftig weltweit zu den Spitzenländern bei  
691 Bildungsinvestitionen und der Qualität der Bildung zählt. Bildung und  
692 Forschung sind die Quelle künftigen Wohlstands, eröffnen  
693 Chancengerechtigkeit für alle und sind Voraussetzung für eine moderne und  
694 weltoffene Gesellschaft. Bildung, Wissenschaft und Forschung sind eine  
695 gesamtstaatliche Aufgabe und können nur gemeinsam von Bund, Ländern und  
696 Kommunen erfolgreich gestaltet werden.

697

698 Wir wollen auch im Bildungsbereich die Gleichwertigkeit der  
699 Lebensverhältnisse sicherstellen. Deswegen wollen wir die Zusammenarbeit  
700 und Kooperationskultur zwischen Bund, Ländern und Kommunen im  
701 Bildungsbereich weiter stärken. Wir wollen bessere Rahmenbedingungen für  
702 optimale Lehr- und Lernbedingungen an unseren allgemeinbildenden und  
703 beruflichen Schulen schaffen. An der [Grüne/FDP: grundsätzlichen]  
704 Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern halten wir fest. Dafür wollen  
705 wir:

706 • einen Digitalpakt Schule schließen, der alle Schulen bei der  
707 Digitalisierung und den dazugehörigen pädagogischen Konzepten unterstützt  
708 sowie die Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften im Digitalbereich  
709 voranbringt.

710 • darauf hinwirken, dass qualitativ hochwertige Ganztagesangebote  
711 verlässlich und bedarfsgerecht zur Verfügung stehen.

712 • - um den Schulwechsel zwischen den Bundesländern zu erleichtern und  
713 die Gleichwertigkeit der Abschlüsse zu sichern - gemeinsam mit den Ländern  
714 darauf hinwirken, bundeseinheitliche Bildungsstandards zu etablieren und  
715 deren Einhaltung zu gewährleisten.

716 [CDU/CSU: Dies wollen wir im Rahmen der bestehenden grundgesetzlichen  
717 Ordnung erreichen.]

718 [FDP/Grüne: Die dafür notwendigen verfassungsrechtlichen Änderungen  
719 wollen wir vornehmen.]

720

721 Wir wollen die Allianz zur Aus- und Weiterbildung ausbauen und einen  
722 Berufsbildungspakt zur Stärkung der beruflichen Bildung auf den Weg bringen.

723 Dabei geht es insbesondere um die Qualitätsverbesserung und die  
724 Anerkennung der Gleichwertigkeit der beruflichen und akademischen Bildung.

725  
726 Wir wollen das lebensbegleitende Lernen fördern und die Qualität der  
727 Weiterbildung sichern und steigern. Dazu gehören Standards im Bereich der  
728 Abschlüsse und mehr Beratung und Transparenz.

729  
730 Wir wollen die Hochschulen weiter stärken. Es soll eine  
731 Nachfolgevereinbarung zum Hochschulpakt geben, wobei unter anderem  
732 Fragen der Qualität, des Erhalts der Kapazitäten und der Digitalisierung eine  
733 Rolle spielen sollen. Wir setzen die Exzellenzstrategie fort.

734  
735 Wir wollen zunächst eine Reform des BAföG, damit mehr Studierende als  
736 bisher einen Anspruch erhalten u.a. durch Erhöhung der Freibeträge,  
737 Bedarfssätze, und den Ausbau der Stipendienprogramme. Wir werden darüber  
738 hinaus eine Reformkommission einsetzen, die neue Modelle zur weiteren  
739 Stärkung und Modernisierung der Studienfinanzierung erarbeiten soll. Hierbei  
740 sollen unter anderem das Schüler-, Studierenden- und Meister-BAFÖG  
741 einbezogen werden.

742  
743 Wir wollen die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung in Deutschland  
744 auf 3,5 Prozent des BIP bis 2025 steigern. Wir wollen seitens des Bundes  
745 unseren Anteil an der Steigerung erbringen. Darüber hinaus wollen wir  
746 ergänzend zur Forschungsförderung unter anderem mit der Einführung einer  
747 steuerlichen Forschungs- und Entwicklungsförderung die Wirtschaft anreizen,  
748 ihren Beitrag zu leisten. Den Pakt für Forschung und Innovation werden wir  
749 stärken.

750  
751 Die „Hightech-Strategie“ wollen wir weiterentwickeln mit Fokussierung auf die  
752 großen Herausforderungen und dabei neue, innovative Instrumente unter  
753 anderem zur Förderung von disruptiven Sprunginnovationen partizipativen  
754 Elementen und Technologietransfer berücksichtigen.

755  
756 Die Technologieoffenheit und Forschungsfreiheit wollen wir beibehalten bei  
757 gleichzeitiger Stärkung der Begleitforschung, des ethischen Diskurses und  
758 gesellschaftlicher Verantwortung zu Technologiefolgen.

759

760 **6. Digitaler Wandel**

761

762 Die digitale Transformation unserer Zeit betrifft Gesellschaft, Wirtschaft und  
763 Politik gleichermaßen. Die Nutzung der großen Chancen der Digitalisierung ist  
764 von zentraler Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands und Europas.  
765 Wir wollen Digitalisierung nutzen für mehr Lebensqualität und Nachhaltigkeit  
766 und die gesellschaftliche Dimension des Themas stärker berücksichtigen.  
767 Gleichzeitig gilt es, die gleichberechtigte digitale Teilhabe aller Bürger zu  
768 ermöglichen und die Sicherheit sowie die persönliche Freiheit jedes Einzelnen  
769 zu gewährleisten. Wir wollen gemäß des DESI-Indexes in die europäische  
770 Spitzengruppe aufrücken.

771

772 Der zügige Ausbau einer zukunftsfähigen digitalen Infrastruktur hat für uns  
773 höchste Priorität. Deshalb wollen wir den flächendeckenden Ausbau mit  
774 Gigabit-Netzen bis 2025 erreichen. Dabei sollen zukünftig ausschließlich  
775 Ausbauabschnitte förderfähig sein, die mit Glasfasertechnologie ausgebaut  
776 werden.

777

778 Hierfür hat die Netzallianz einen öffentlichen Finanzierungsbedarf von 20  
779 Milliarden Euro bis 2025 identifiziert. Hierfür wollen wir die Erlöse aus der  
780 Versteigerung der 5G-Lizenzen zweckgebunden bereitstellen. Gegebenenfalls  
781 müssen darüber hinaus auch Erlöse aus Bundesbeteiligungen sowie  
782 Haushaltsmittel eingesetzt werden.

783

784 Im Bereich des Mobilfunks wollen wir bestehende Funklücken kurzfristig  
785 schließen und eine Vorreiterrolle beim Aufbau des 5G-Netzes einnehmen.

786

787 Wir wollen durch Bürokratieabbau die Beschleunigung und Kostensenkung  
788 des Ausbaus vorantreiben. Angebote offener WLAN- und Freifunknetze  
789 werden gestärkt.

790

791 Wir setzen uns für einen diskriminierungsfreien Netzzugang ein, dafür ist  
792 Netzneutralität wichtig.

793

794 Wir wollen ein modernes Datenrecht schaffen, welches die digitalen  
795 Bürgerrechte und die Datensouveränität stärkt und die Spielräume der  
796 Datenschutz-Grundverordnung für datengetriebene Geschäftsmodelle und die  
797 Entwicklung der Plattformökonomie nutzt. Dabei wollen wir gleichermaßen den  
798 Datenschutzinteressen der Bürger, den wirtschaftlichen Zwecken und den

799 staatlichen Sicherheitsinteressen gerecht werden. Darüber hinaus wollen wir  
800 die Verbraucherrechte in der digitalen Welt stärken. Diskriminierungsverbote  
801 der analogen Welt müssen auch in der digitalen Welt der Algorithmen gelten.

802  
803 Wir wollen die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für digitale  
804 Geschäftsmodelle verbessern, indem wir die Zugänge zu Wagniskapital für  
805 Start-ups und Unternehmen in der Wachstumsphase stärken,  
806 wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen (Ökosysteme) schaffen und die  
807 Vernetzung von Unternehmen untereinander und mit anderen Akteuren der  
808 digitalen Transformation verbessern. Dabei soll der Bund mit gutem Beispiel  
809 vorangehen und einen hochrangigen Ansprechpartner hinsichtlich  
810 regulatorischer Hemmnisse schaffen, damit wir schnell auf  
811 Veränderungsbedarfe reagieren können. Darüber hinaus wollen wir eine  
812 Vorreiterrolle bei der IT-Sicherheit, Datensicherheit und der digitalen Signatur  
813 einnehmen, weil dies die entscheidende Grundlage für viele Anwendungen ist.  
814 Gute IT-Sicherheit und innovativer Datenschutz sind entscheidende  
815 Erfolgsfaktoren der nationalen und europäischen Datenwirtschaft.

816  
817 Wir wollen für Bürger und Wirtschaft erreichen, dass alle hierfür geeigneten  
818 Verwaltungsdienstleistungen bis 2022 online erledigt werden können. Dazu  
819 vernetzen wir zentrale und dezentrale Verwaltungsportale mit einem  
820 einheitlichen Online-Zugang (Bürgerportal) und, sofern vom Bürger  
821 gewünscht, werden die zur Verfügung gestellten Daten unter den Behörden  
822 weitergereicht (Once-Only-Prinzip). Die Bürger erhalten dabei auch die  
823 vollständige Transparenz und Kontrolle über die Nutzung ihrer Daten.

824  
825 Digitale Themen brauchen eine starke Verankerung in der neuen  
826 Bundesregierung. Deshalb wollen wir die Zuständigkeiten bündeln.

827  
828 Europa kann im Wettbewerb der Weltregionen im Bereich der Digitalisierung  
829 nur bestehen, wenn wir konsequent einen einheitlichen digitalen Binnenmarkt  
830 mit attraktiven Rahmenbedingungen schaffen. Dafür wollen wir uns aktiv  
831 einsetzen.

832



833 **7. Innen, Sicherheit und Rechtsstaat**

834

835 Wir wollen das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in unsere Demokratie  
836 und den Rechtsstaat stärken.

837

838 Wir wollen die bestmögliche Sicherheit für unser Land und bürgerliche  
839 Freiheitsrechte in eine neue Balance bringen. Deshalb werden Bund und  
840 Länder einen verbindlichen Pakt für den Rechtsstaat schließen.

841

842 Hierzu wollen wir so schnell wie möglich zusätzliche Stellen für die  
843 polizeilichen Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern sowie für das BSI  
844 schaffen.

845

846 [Der Bund wird hierbei circa 7.500 zusätzliche Stellen schaffen. Wir halten es  
847 für geboten, dass die Länder mindestens genauso viele Stellen für die Polizei  
848 schaffen.]

849

850 [Grüne: Wir wollen einen unabhängigen Polizeibeauftragten beim Bundestag  
851 schaffen, an den sich Polizeibedienstete wie auch Bürgerinnen und Bürger  
852 wenden können.]

853

854 Zur effektiven Bekämpfung von Kriminalität setzen wir zusätzlich zur  
855 Polizeilichen Kriminalstatistik den periodischen Sicherheitsbericht fort, der  
856 regelmäßig wissenschaftlich Ursachen und Entwicklungen von  
857 Kriminalitätsphänomenen aufzeigen soll.

858

859 Effizienz, Qualität und Unabhängigkeit sind unverzichtbare Eckpfeiler einer  
860 funktionierenden Justiz und Voraussetzung für das Vertrauen der Bürgerinnen  
861 und Bürger in den Rechtsstaat. Der Pakt für den Rechtsstaat beinhaltet einen  
862 Dreiklang aus mehr Personal, besserer Ausstattung und effizienterem  
863 Verfahrensrecht. Dabei halten wir 2.000 zusätzliche Stellen in Bund und  
864 Ländern für geboten. Wir werden auch die Digitalisierung der Justiz mit  
865 einheitlichem Standard auf höchstem Sicherheits- und Datenschutzniveau  
866 konsequent vorantreiben.

867

868 Die Cybersicherheit ist für die Zukunft unseres Landes von herausragender  
869 Bedeutung. Wir wollen eine bundesweit einheitliche Abwehr von Gefahren und  
870 Angriffen aus dem Cyberraum.

871

872 Wir stärken die bestehenden gesetzlichen Schutzwellen bei Online-  
873 Durchsuchung und Quellen-Telekommunikationsüberwachung unter  
874 Berücksichtigung der hohen Schutzvorgaben des Bundesverfassungsgerichts,  
875 unter Berücksichtigung der besonderen Risiken dieser Instrumente sowie der  
876 Sicherheitsbelange.

877

878 Staatliche Stellen müssen gesetzlich verpflichtet werden, Sicherheitslücken,  
879 die relevante Systeme oder eine erhebliche Anzahl von Personen betreffen,  
880 unverzüglich dem BSI zu melden, so dass sie geschlossen werden können.  
881 Den Gefahren, die sich aus Sicherheitslücken bei privaten Unternehmen  
882 ergeben, wollen wir begegnen. Dies kann eine Mitteilungspflicht umfassen.

883

884 Wir wollen eine E-Government- und Open-Data-Strategie für Deutschland  
885 entwickeln. Die IT der Polizeien von Bund und Ländern wird auf einem  
886 einheitlichen Standard mit verbesserter Qualität unter voller Wahrung der  
887 Belange des Datenschutzes modernisiert.

888

889 Wir werden die Zusammenarbeit zwischen den Ländern und mit dem Bund  
890 insbesondere beim Kampf gegen alle Formen des Terrorismus stärken. Die  
891 Koordinierungsfunktion von BKA und BfV soll stärker wahrgenommen werden.  
892 Wir brauchen klare Verantwortlichkeiten. Die gemeinsamen Zentren von Bund  
893 und Ländern sollen nicht nur dem Austausch von Informationen dienen,  
894 sondern – rechtlich sauber geregelt – verbindliche Absprachen gewährleisten.

895

896 Das BfV soll auf freiwilliger Basis durch Vereinbarung mit einzelnen Ländern  
897 den Verfassungsschutz dort übernehmen können. Unabhängig davon können  
898 Länder auch die gemeinsame Erfüllung von Verfassungsschutzaufgaben  
899 vereinbaren.

900

901 Die Außengrenzen der EU müssen wirksam kontrolliert werden. Wir wollen  
902 wissen, wer in die EU kommt. Die Grenzschutzagentur Frontex braucht  
903 zentrale Führung, ausreichendes Einsatzpersonal und modernste technische  
904 Ausstattung. Die Kontrolle von Frontex durch das Europäische Parlament, den  
905 europäischen Gerichtshof sowie die EU-Grundrechteagentur wollen wir  
906 stärken. Frontex soll langfristig zu einem europäischen Grenzschutz neben  
907 nationalen Zuständigkeiten ausgebaut werden.

908

909 Der Einsatz von Videoüberwachung kann an Kriminalitätsschwerpunkten, an  
910 besonders gefährlichen Orten, Einrichtungen und Veranstaltungen – ggf. auch  
911 befristet – angeordnet werden.

912

### 913 Speicherung von Daten

914 [FDP, Grüne: Die anlasslose Speicherung von Daten der Bürgerinnen und  
915 Bürger ist ein nicht zu rechtfertigender Eingriff in die Grundrechte. Deshalb ist  
916 die Anlassbezogenheit das zentrale Kriterium bei sicherheitsbehördlicher  
917 Überwachung und Speicherung von Daten. Um Rechtssicherheit für  
918 Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Sicherheitsbehörden zu schaffen,  
919 werden wir insbesondere die bestehende Regelung zur  
920 Vorratsdatenspeicherung von Kommunikationsdaten aufheben und durch eine  
921 anlassbezogene Regelung ersetzen, die mit europäischen Grundrechten  
922 vereinbar ist.]

923 [Nur Grüne: Für die Verhandlungen zum europäischen  
924 Kommunikationsdatenschutz legen wir das Verhandlungsmandat des  
925 Europäischen Parlaments zugrunde.]

926

927 [CDU/CSU: Wir halten an der Vorratsdatenspeicherung als notwendigem  
928 Instrument zur Verhinderung von Terroranschlägen und Aufklärung schwerster  
929 Kriminalität fest; wir wollen sie auf den Wohnungseinbruchsdiebstahl  
930 ausweiten. Auf europäischer Ebene werden wir uns erforderlichenfalls für eine  
931 Überarbeitung der zugrundeliegenden Richtlinie einsetzen, um eine  
932 praxisgerechte Anwendung sicherzustellen].

933 [neuer Vorschlag Union prozedural: [Die Vorratsdatenspeicherung von  
934 Kommunikationsdaten steht auf dem juristischen Prüfstand. Wir werden der  
935 Klärung durch die unabhängige Justiz nicht vorgreifen und das Ergebnis, falls  
936 es Änderungen erfordert, zügig umsetzen.]

937 [FDP+ Grüne prozedural: Wir werden das Prinzip der anlasslosen  
938 Datenspeicherung zugunsten eines anlassbezogenen Vorgehens aufgeben.]

939

### 940 Kontrolle der Nachrichtendienste

941 Das Parlamentarische Kontrollgremium muss effektivere Kontrollrechte  
942 ausüben. Wir werden insbesondere eine umfassende Unterrichtungspflicht  
943 von Bundesregierung sowie Nachrichtendiensten sicherstellen. Wir werden  
944 Vertretungsregeln für längerfristig verhinderte Mitglieder schaffen und  
945 qualifizierte Minderheitenrechte stärken.

946

947 Die Kontrolle der Überwachung der Kommunikation werden wir in der Hand  
948 der G-10-Kommission bündeln und diese stärken.

949  
950 Die Aufarbeitung historisch bedeutsamer Ereignisse wollen wir durch kürzere  
951 Geheimhaltungsfristen von behördlichen Akten (max. 30 Jahre) befördern.

952  
953 Kollektiver Rechtsschutz / Gruppenklagen  
954 Im Sinne einer Verbesserung der Rechtsdurchsetzung führen wir eine  
955 Musterfeststellungsklage ein. Eine ausufernde Klageindustrie lehnen wir ab.

956  
957 Demokratieförderung  
958 Wir werden die Zivilgesellschaft stärken und die Arbeit gegen jede Form von  
959 Demokratiefeindlichkeit und Extremismus fördern und verstetigen.

960  
961 Wir wollen den Opferschutz stärken und vereinheitlichen.

962  
963 Der Staat muss ein deutliches Zeichen gegen Hass und Hetze im Netz setzen.  
964 Dies gilt auch für die sozialen Netzwerke. Im Netz müssen die  
965 Persönlichkeitsrechte wie die Meinungsfreiheit geschützt werden. Das  
966 Netzwerkdurchsetzungsgesetz wird daher [Union: weiterentwickelt /FDP:  
967 ersetzt] [Kompromiss: grundlegend überarbeitet].

968  
969 Wir wollen ein verpflichtendes Lobbyregister betreffend die  
970 Interessenvertretung gegenüber Parlament und Regierung einführen und  
971 damit Transparenz schaffen, ohne wirksames Regierungshandeln oder die  
972 freie Ausübung des parlamentarischen Mandats einzuschränken.

973  
974 [CSU, Grüne, FDP, Dissens CDU: Wir wollen die parlamentarisch-  
975 repräsentative Demokratie durch weitere Elemente der Bürgerbeteiligung und  
976 direkter Demokratie ergänzen. Die Rechte von Minderheiten und Grundrechte  
977 stehen dabei nicht zur Disposition.]

978  
979 Hinweisgebergesetz  
980 Im Lichte der jüngst aufgetretenen Missstände in Konzernen wollen wir ein  
981 Gesetz verabschieden, mit dem der Schutz von Hinweisgebern bei der  
982 Aufdeckung von relevanten und strukturellen Missständen verbessert wird.

983  
984

985 **8. Flucht und Asyl, Migration und Integration**

986

987 Deutschland ist ein weltoffenes Land. Wir bekennen uns zur humanitären  
988 Verpflichtung Deutschlands, wie sie sich aus Artikel 16a Grundgesetz und den  
989 Regelungen der Genfer Flüchtlingskonvention sowie der EMRK ergeben. Dies  
990 bleibt auch zukünftig unangetastet. Zudem wollen wir die Einwanderung in den  
991 Arbeitsmarkt dauerhaft steuern.

992

993 Wir sind stolz auf die Integrationsfähigkeit und die Integrationsleistung unserer  
994 Gesellschaft, insbesondere auf das vielfältige ehrenamtliche Engagement.

995

996 [CDU/CSU/ FDP: Eine Situation wie im Herbst 2015 darf sich nicht  
997 wiederholen.] [Alternativvorschlag: Damit sich die Situation vom Herbst 2015  
998 so nicht wiederholt, ziehen wir Konsequenzen...]

999 Deshalb ziehen wir Konsequenzen und verbinden Humanität mit Ordnung. Wir  
1000 stehen in der Verantwortung für die Gewährleistung der Sicherheit unserer  
1001 Bürgerinnen und Bürger. Das ist Aufgabe und Pflicht des Staates. Um  
1002 dauerhaft Integration (Arbeitsmarkt, Wohnraum, Bildung, Wertevermittlung) zu  
1003 ermöglichen, bedarf es jedoch einer Steuerung [CDU/CSU und FDP: und  
1004 Begrenzung der Migration insgesamt.]

1005

1006 Zugleich stehen wir zur individuellen Bearbeitung jedes einzelnen Asylantrags  
1007 und den entsprechenden Vorschriften in Europarecht, Völkerrecht und  
1008 Grundgesetz.

1009

1010 [GRÜNE: Der gegenwärtigen Herausforderung wollen wir mit mehr  
1011 Koordinierung und der Ausschöpfung von Ordnungsspielräumen begegnen.  
1012 Nicht zuletzt aufgrund unserer Geschichte und der daraus erwachsenden  
1013 Verantwortung teilen wir dabei die Aussage von Angela Merkel, dass das  
1014 Grundrecht auf Asyl keine Obergrenze kennt. Dies gilt auch für eine  
1015 willkürliche Richtzahl von Geflüchteten. Verschiedene Schutzgruppen dürfen  
1016 und können nicht gegeneinander verrechnet werden. Das ist der Imperativ  
1017 unseres Grundgesetzes.]

1018

1019 [GRÜNE: Wir sind für mehr Ordnung und Planbarkeit auf Grundlage von  
1020 Steuerungs-Elementen wie einem Einwanderungsgesetz oder Resettlement-  
1021 Kontingenten.]

1022

1023 Wir bekennen uns zur effektiven Bekämpfung von Fluchtursachen. Dazu  
1024 gehören zum Beispiel:

- 1025 - die Lösung internationaler Konflikte,
- 1026 - eine faire Handelspolitik
- 1027 - die Bekämpfung der Klimakrise und die Einhaltung der Nachhaltigen  
1028 Entwicklungsziele
- 1029 - sowie eine verbesserte Zusammenarbeit mit Herkunfts- und  
1030 Transitländern.

1031  
1032 Dafür wollen wir auch neue Kooperationsformate mit Entwicklungs- und  
1033 Schwellenländern ausbauen sowie einen europäisch abgestimmten Pakt mit  
1034 Afrika entwickeln.

1035  
1036 Auch die Zusammenarbeit mit dem UNHCR und dem IOM wollen wir  
1037 ausbauen.

1038  
1039 Wir wollen entschlossen gegen Schlepper und Schleuser vorgehen und ihnen  
1040 die Geschäftsgrundlage entziehen.

1041  
1042 Zur wirksamen Kontrolle der Außengrenzen sowie zur Rolle von Frontex wird  
1043 Bezug genommen auf die Ausführungen bei Innen, Sicherheit und  
1044 Rechtsstaat.

1045  
1046 [FDP: Die Bundespolizei muss in die Lage versetzt werden, auch bei massiv  
1047 steigender Zahl von Migranten eine registrierte Einreise nach Deutschland  
1048 sicherzustellen.]

1049  
1050 [CDU/CSU: Wir wollen erreichen, dass die Gesamtzahl der Aufnahmen aus  
1051 humanitären Gründen (Flüchtlinge und Asylbewerber, subsidiär Geschützte,  
1052 Familiennachzug, Relocation und Resettlement, abzüglich Rückführungen und  
1053 freiwillige Ausreisen künftiger Flüchtlinge) die Zahl von 200 000 Menschen im  
1054 Jahr nicht übersteigt.]

1055 [FDP: Für diesen Richtwert orientieren wir uns an den Zugangszahlen des  
1056 Jahres 2017 und definieren einen Korridor zwischen 150.000 und 250.000  
1057 Menschen pro Jahr.]

1058 [CDU/CSU und FDP: Sollte das oben genannte Ziel wider Erwarten durch  
1059 internationale oder nationale Entwicklungen nicht eingehalten werden, werden  
1060 die Bundesregierung und der Bundestag geeignete Anpassungen des Ziels  
1061 nach unten und oben beschließen.]

1062  
1063 Wir unterscheiden klar zwischen schutzbedürftigen Menschen und solchen  
1064 Personen, die die Voraussetzungen für Schutz in unserem Land nicht erfüllen.  
1065  
1066 Wir prüfen, ob durch einen neuen oder veränderten Status für  
1067 Kriegsflüchtlinge in Anlehnung an das europäische Recht eine Entlastung des  
1068 Asylsystems möglich ist.  
1069  
1070 [GRÜNE: Wir sind dem besonderen Schutz der Familie verpflichtet, wie er im  
1071 Grundgesetz und seinem Artikel 6 steht. Auch Menschen mit subsidiärem  
1072 Schutzstatus sollen ihre Familien in einem geordneten Verfahren nachholen  
1073 können. Deswegen wollen wir die Aussetzung des Familiennachzugs für  
1074 subsidiär Schutzbedürftige über März 2018 hinaus nicht ausweiten.]  
1075 [CDU/CSU: Integrationsfähigkeit sowie -bereitschaft unserer Gesellschaft  
1076 schließen einen unbeschränkten Familiennachzug zu den hier bereits  
1077 anerkannten Schutzsuchenden aus. Wir können daher den Familiennachzug  
1078 zu subsidiär Schutzberechtigten auch nach März 2018 nicht zulassen.]  
1079 [FDP: Wer für sich und seine Familie selbst sorgen kann, soll diese nachholen  
1080 dürfen. Darüber hinaus kann der Familiennachzug für subsidiär Geschützte  
1081 nur in solchen Kontingenten erfolgen, die den angestrebten Richtwert der  
1082 Gesamtmigration berücksichtigen. Diese Kontingente sind nach humanitären  
1083 Kriterien zu vergeben.]  
1084  
1085 [CDU/CSU und FDP: Zu diesem Zweck werden jedenfalls die Maghreb-  
1086 Staaten (Algerien, Tunesien und Marokko) und weitere Staaten mit einer  
1087 Anerkennungsquote unter 5 Prozent zu sicheren Herkunftsstaaten bestimmt.  
1088 Gleichzeitig wird durch eine spezielle Rechtsberatung für besondere  
1089 vulnerable Fluchtgruppen deren besondere Schutzwürdigkeit berücksichtigt.]  
1090 [GRÜNE: Wir sind jedoch gegen das Konzept der sicheren Herkunftsstaaten,  
1091 weil dieses in einem Spannungsverhältnis zu dem individuellen  
1092 Schutzbegehren des Flüchtlings steht. Gerade die drei Maghrebstaaten sind  
1093 nicht sicher. Überdies besteht kein Anlass, jetzt vorläufige Regelungen zu  
1094 treffen, da die EU-Kommission nach dem künftigen GEAS diese Frage  
1095 europäisch regeln will.]  
1096  
1097 Legale Zugangswege wie etwa Resettlement wollen wir ausbauen, sowohl im  
1098 Sinne unserer humanitären Verpflichtung als auch im Sinne der Steuerung.  
1099

1100 Die Größenordnung des aus humanitären Motiven erfolgenden legalen  
1101 Zugangs muss jedoch von der Größenordnung des Zugangs Schutzsuchender  
1102 insgesamt abhängen.

1103  
1104 Bei allen Asylsuchenden werden die Verfahren in Aufnahme- und  
1105 Entscheidungszentren [CDU/CSU: auch Rückführungszentren] schnell und  
1106 rechtsicher durchgeführt. Für bessere Verfahrenseffizienz und aus  
1107 Sicherheitsgründen werden dort alle ankommenden Asylsuchenden  
1108 identifiziert und registriert. Um deren Qualität zu steigern und um ein  
1109 realistisches Erwartungsmanagement hinsichtlich der Bleibeperspektiven zu  
1110 erreichen, müssen die Schutzsuchenden in den Zentren verbleiben.

1111  
1112 [Grüne: Schutzsuchenden sollen schnellstmöglich auf die Kommunen verteilt  
1113 werden. Ankunft und Ausreise sind zwingend voneinander zu trennen.]

1114  
1115 Dort soll eine kostenlose und unabhängige Rechtsberatung [durch registrierte  
1116 Anwälte] vor Ort angeboten werden. Zuständig dafür ist das BAMF. Außerdem  
1117 soll dort künftig der erste Aufenthaltstitel durch das BAMF erteilt werden, um  
1118 eine bundesweit einheitliche Handhabung zu gewährleisten. Im Übrigen  
1119 verbleibt die Zuständigkeit für diese Zentren bei den Ländern. Wir wollen die  
1120 Qualität der Asylverfahren verbessern. Es braucht eine Qualitätsoffensive für  
1121 das BAMF.

1122 [CDU/CSU und FDP: Im Falle der Ablehnung erfolgt auch die Rückführung in  
1123 der Regel direkt aus diesen Zentren.]

1124 [Grüne: Im Falle der Ablehnung kann die Rückführung grundsätzlich direkt aus  
1125 diesen Zentren erfolgen.]

1126  
1127 Wir werden das Recht der Einwanderung in den Arbeitsmarkt und das damit  
1128 verbundene Recht des Aufenthalts und der Rückkehr in einem Gesetzeswerk  
1129 [FDP und Grüne: Einwanderungsgesetzbuch] [CDU/CSU:  
1130 Fachkräftezuwanderungs-Gesetz] neu ordnen und dabei transparent,  
1131 übersichtlich und in sich konsistent aus einem Guss besser zugänglich  
1132 machen. Flüchtlings- und Arbeitsmigration bleiben dabei klar voneinander  
1133 getrennt.

1134  
1135 Die Steuerung von Einwanderung in den Arbeitsmarkt muss sich am Bedarf  
1136 unserer Volkswirtschaft orientieren. Eine Einwanderung in die sozialen  
1137 Sicherungssysteme wollen wir vermeiden. Wir wollen rasch ein  
1138 Regelwerk schaffen [FDP und Grüne: Einwanderungsgesetzbuch]



1139 [CDU/CSU: Fachkräftezuwanderungs-Gesetz]. Dabei sollen die bisherigen  
1140 Regelungen vereinfacht werden. Hochqualifizierte wollen wir kontingentiert  
1141 [FDP, Grüne: in einem Punktesystem] nach klaren Kriterien wie Qualifikation,  
1142 Alter, Sprache, Anforderungen des Arbeitsmarktes einladen. Die Blue Card  
1143 werden wir so reformieren, dass ein in Deutschland gültiger Arbeitsvertrag mit  
1144 einem durchschnittlichen Einstiegsgehalt in einem qualifizierten Beruf als  
1145 Bedingung genügt.

1146  
1147 [Hinsichtlich der Frage, ob Arbeitsplatz für Hochqualifizierte erforderlich ist,  
1148 noch keine Einigung.]

1149 [FDP/GRÜNE: Für Personen, die als Schutzsuchende gekommen sind und  
1150 abgelehnt wurden, die aber gut integriert sind, soll ein Spurwechsel möglich  
1151 sein, wenn sie auch die Voraussetzungen für Arbeitsmigration erfüllen.]

1152 [CDU/CSU: Schon jetzt gibt es zahlreiche Möglichkeiten für einen  
1153 längerfristigen Aufenthalt in Deutschland jenseits von Asyl, GFK und  
1154 subsidiärem Schutz. Eine inhaltliche Ausweitung kommt nicht in Betracht.]

1155  
1156 Zur Realität eines Aufnahmelandes gehört auch eine rechtsstaatlich  
1157 konsequente Rückkehrpolitik. Nicht jeder, der zu uns kommt, kann bleiben.  
1158 Aber jeder hat Anspruch auf ein rechtsstaatliches Verfahren und den Schutz  
1159 seiner Menschenrechte auch nach einer Ablehnung.

1160  
1161 Um die gesellschaftliche Akzeptanz für eine Integration der wirklich  
1162 Schutzbedürftigen zu erhalten, sind freiwillige Rückkehr und die konsequente  
1163 Abschiebung vollziehbar Ausreisepflichtiger von wesentlicher Bedeutung. Die  
1164 freiwillige Rückkehr hat Vorrang und soll noch intensiver als bislang gefördert  
1165 werden. Das Konzept der freiwilligen Rückkehr ist auf Dauer aber nur dann  
1166 erfolgreich, wenn auch Abschiebungen stattfinden. Dabei dürfen  
1167 Abschiebungen kein Risiko für Leib und Leben bedeuten.

1168  
1169 Hierfür verfolgen wir einen kohärenten Ansatz im Inland und gegenüber  
1170 Herkunftsstaaten. Weiter werden wir prüfen, wie die Länder bei der  
1171 Rückführung und Abschiebung entlastet und zugleich die Effektivität der  
1172 Rückführung gesteigert werden kann. Wir wollen stärker als bisher danach  
1173 unterscheiden, ob die Durchsetzung der Ausreisepflicht ohne Verschulden der  
1174 Ausreisepflichtigen an Hindernisse stößt oder ob diese die Durchsetzung  
1175 selbst behindern. Wir wollen die Duldungsregelungen hinsichtlich ihrer  
1176 Wirksamkeit überprüfen und stärker differenzieren. Diesem Ziel dient auch  
1177 eine Überprüfung der gesetzlichen Bleiberechtsregelungen.

1178 [CDU/CSU strittig: Ausländische Straftäter und Gefährder schieben wir  
1179 konsequent ab. Das Ausweisungsinteresse bei Straftaten von erheblicher  
1180 Bedeutung werden wir künftig zu Lasten des Bleibeinteresses gesetzlich  
1181 besonders gewichten. Die Straftatenkataloge, bei denen das  
1182 Ausweisungsinteresse besonders schwer wiegt, werden wir erweitern. Bei  
1183 rechtskräftiger Verurteilung zu einer Freiheits- oder Jugendstrafe von  
1184 mindestens drei Jahren wegen vorsätzlicher Straftaten verlieren ausländische  
1185 Straftäter künftig automatisch ihren Aufenthaltstitel.]

1186 Kompromissvorschlag: Ausländische Straftäter und Gefährder schieben wir  
1187 konsequent ab. Dazu werden wir die 2016 veränderte Gesetzeslage  
1188 überprüfen und gegebenenfalls verschärfen.

1189  
1190 Integration verstehen wir als Daueraufgabe. Die vielfältigen  
1191 Integrationsmaßnahmen von Bund, Ländern und Kommunen werden wir in  
1192 einer bundesweiten Strategie nach dem Grundsatz von „Fordern und Fördern“  
1193 bündeln, Transparenz in das Geflecht der bestehenden  
1194 Integrationsmaßnahmen bringen und die Koordinierung zwischen Bund,  
1195 Ländern und Kommunen auf eine neue Ebene heben. Die bisherigen  
1196 Leistungen des Bundes zur Unterstützung der Länder und Kommunen werden  
1197 für die Dauer der gesamten Legislaturperiode verstetigt.

1198  
1199 Der Integrationskurs ist das zentrale Instrument zum allgemeinen  
1200 Spracherwerb. Wir wollen ein zusätzliches Augenmerk auf den Bereich der  
1201 Alphabetisierung legen, das bestehende Kursangebot flexibilisieren,  
1202 ausdifferenzieren und begleitende digitale Lernangebote prüfen.

1203  
1204 Sprache ist auch ein Schlüssel zu mehr Integration. Wir werden zusätzliche  
1205 Anreize setzen, Hilfestellungen angemessen ausbauen und sowie die  
1206 Einhaltung von Verpflichtungen noch besser sicherstellen. Schließlich wollen  
1207 wir mehr Erfolg und Erfolgskontrolle und werden dazu Integrationsforschung  
1208 und Integrationsmessung intensivieren.

1209  
1210 [GRÜNE: Das Staatsbürgerschaftsrechts wollen wir erweitern, mit einem Ius  
1211 Soli und der vollständigen Abschaffung der Optionspflicht und die  
1212 Einbürgerung als wichtiges Element des Gesamtkonzepts erleichtern.]

1213 [FDP: Wir wollen wie andere Einwanderungsländer ein modernes  
1214 Staatsbürgerschaftsrecht. Dazu wollen wir die Einbürgerung erleichtern und  
1215 die doppelte Staatsbürgerschaft grundsätzlich ermöglichen, aber ihre

1216 dauerhafte Vererbung über die dritte Generation hinaus beenden  
1217 (Generationenschnitt).]

1218 [CDU/CSU: Aus Sicht der Union ist es für die Sondierungen nicht erforderlich,  
1219 näher auf das Thema Staatsbürgerschaft einzugehen.]

1220 [Angebot FDP und Grüne ggfs: Wir wollen ein modernes  
1221 Staatsbürgerschaftsrecht und Einbürgerungen erleichtern.]

1222

1223 Ein zentrales Ziel unserer Politik ist der europäische Zusammenhalt und die  
1224 europäische Solidarität, auch und gerade in der Flüchtlingspolitik. Das geht  
1225 nur im Dialog. Zugleich hängt die Glaubwürdigkeit der EU und ihrer  
1226 Mitgliedsstaaten davon ab, dass die ureigenen Gründungsprinzipien und die  
1227 internationale Rechtsordnung eingehalten werden. Daran wollen wir unsere  
1228 Politik ausrichten.

1229

1230 Im Zuge der derzeitigen Verhandlungen über das Gemeinsame Europäische  
1231 Asylsystem (GEAS) wollen wir eine gerechte Verantwortungsteilung zwischen  
1232 den Ländern an der südlichen Außengrenze der EU und den anderen  
1233 Mitgliedstaaten einschließlich eines wirksamen Verteilungsmechanismus  
1234 erreichen.

1235

1236 Wir wollen eine gemeinsame Durchführung von Asylverfahren überwiegend an  
1237 den Außengrenzen sowie gemeinsame Rückführungen von dort. Dabei  
1238 werden europäische Menschenrechtsstandards eingehalten.

1239

1240 Derzeit im deutschen Recht geltende und Flüchtlinge schützende Regelungen  
1241 (Familienasyl, geschlechtsspezifische Verfolgung, Altersfeststellung von UmF,  
1242 Feststellung von Abschiebungshindernissen) wollen wir z.B. durch eine  
1243 Öffnungsklausel erhalten. ~~Ebenso ist die Sicherstellung der flächendeckenden  
1244 Verfahrensberatung, angelegt in der Asylverfahrensverordnung, für uns  
1245 zwingend erforderlich.~~

1246

1247 Zudem müssen die Voraussetzungen für Aufnahme- und  
1248 Registrierungscentren außerhalb der EU bzw. an den Außengrenzen unter  
1249 dem Dach des UNHCR geschaffen werden.

1250

**Kommentar [JA1]:** Einvernehmlich gestrichen

1251 **9. Verkehr, Infrastruktur und Wohnen**

1252

1253 Mobilität ist eine Grundvoraussetzung für Wohlstand und Lebensqualität in  
1254 allen Regionen. Wir wollen in Deutschland mehr Mobilität ermöglichen und  
1255 weniger Emissionen im Verkehr erreichen, indem wir unsere Infrastruktur  
1256 bedarfsgerecht und nachhaltig weiter ausbauen, die enormen Potentiale der  
1257 Digitalisierung nutzen und alternative Antriebe fördern.

1258 Wir wollen die Planung und Realisierung von Infrastrukturvorhaben  
1259 beschleunigen und dabei insbesondere die Bürger intensiver und früher  
1260 beteiligen. Wir werden die Verkehrssicherheit auf den Straßen weiter  
1261 verbessern, vor allem durch Digitalisierung und Automatisierung.

1262

1263 Investitionshochlauf

1264 Wir wollen den Investitions-Hochlauf für die Verkehrsinfrastrukturen  
1265 mindestens verstetigen.

1266

1267 Wir wollen den ÖPNV stärken und dafür die GVFG-Mittel zugunsten der  
1268 Kommunen dynamisieren und bis zum Ende der Wahlperiode möglichst  
1269 verdoppeln.

1270

1271 Ein Schwerpunkt unserer Investitionen liegt auf der Schiene, bei der  
1272 Beseitigung von Engpässen, der Elektrifizierung des Netzes und dem  
1273 Lärmschutz. Wir bemühen uns, ein ausgeglichenes Investitionsverhältnis  
1274 zwischen Straße und Schiene auf der Zeitachse zu erreichen. Wir schaffen die  
1275 Bedingungen mittels Beschleunigung von Planungen, damit dies möglich  
1276 werden kann. (Zum Beispiel durch das Verfahren der Plangenehmigung für  
1277 Elektrifizierung und Lärmschutz bei bereits bestehenden Trassen). Wir wollen  
1278 den Deutschlandtakt umsetzen und dafür die infrastrukturellen  
1279 Voraussetzungen schaffen. Die Modernisierung des Schienenverkehrs durch  
1280 Digitalisierung wollen wir weiter vorantreiben. Bei der Straße wollen wir den  
1281 Fokus weiterhin stark auf Erhalt vor Neubau legen. Wir wollen das Potential  
1282 der Wasserstraßen weiter nutzen unter Anwendung der  
1283 Wasserrahmenrichtlinie.

1284

1285 Klimaschutz Sektorziele Verkehr

1286 [Wir wollen uns an den Sektorziele Klimaschutz für den Verkehrsbereich  
1287 orientieren und dabei soziale Belange und die Wettbewerbsfähigkeit der  
1288 Wirtschaft berücksichtigen und nationale Alleingänge beim Klimaschutz  
1289 vermeiden.]

1290 [Wir streben an, die Sektorziele Klimaschutz für den Verkehrsbereich  
1291 einzuhalten und zu erreichen und dabei soziale Belange und die  
1292 Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft berücksichtigen.]

1293 [Für uns gelten die Klimaschutzziele, im Verkehr insbesondere und  
1294 mindestens das Sektortziel 2030. Wir wollen sie erreichen und dabei soziale  
1295 Belange und die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft berücksichtigen.]

1296 [Für uns gelten die Klimaschutzsektorziele im Verkehr für das Jahr 2030. Wir  
1297 wollen sie erreichen und dabei soziale Belange und die Wettbewerbsfähigkeit  
1298 der Wirtschaft berücksichtigen. Wir setzen dabei auf Innovation,  
1299 Hochtechnologie und Digitalisierung. Die individuelle Einschränkung der  
1300 Mobilität lehnen wir ab.]

1301

#### 1302 Emissionsarme und Emissionsfreie Mobilität (Push und Pull)

1303 Wir wollen die Entwicklung alternativer Antriebe technologieoffen fördern und  
1304 die dazugehörigen Infrastrukturen weiter ausbauen.

1305

1306 Wir wollen den Ausbau der Ladeinfrastruktur rechtlich erleichtern, etwa durch  
1307 Anpassungen im Wohneigentums-, Miet- und Baurecht, und fördern. Wir  
1308 wollen die dynamischere Umstellung von Flotten, Bussen und Taxen anreizen.

1309

1310 [Dissens besteht bei Anreizen für Neuwageneinkäufen: [Wir werden in die Kfz-  
1311 Steuer ein Bonus-Malus-System integrieren und so ausgestalten, dass ein  
1312 starker Anreiz zum Kauf effizienter und emissionsarmer Neufahrzeuge  
1313 besteht] oder [Wir wollen die bestehenden Anreize der Kaufprämie gängig  
1314 machen.]]

1315 [Dissens besteht über Vorschläge zur Diesel- und Dienstwagenbesteuerung:  
1316 [Wir wollen die Dieselsebesteuerung im Verhältnis zum Benzin schrittweise  
1317 anheben, die Dienstwagenbesteuerung ökologisieren und wir werden uns  
1318 dafür einsetzen, die europäische CO<sub>2</sub>-Grenzwerte ambitionierter zu gestalten  
1319 und eine europäische und nationale Quote einzuführen.]]

1320

#### 1321 Diesel / NoX

1322 Wir wollen saubere Luft, wir wollen Grenzwerte einhalten und Fahrverbote  
1323 vermeiden.

1324

1325 [Wir wollen die technische Nachrüstung der im Verkehr befindlichen Diesel-  
1326 Fahrzeuge, wenn dies motorentechnisch möglich ist. Die Kosten müssen die  
1327 Automobilhersteller tragen.]

1328 [Wir wollen die Ergebnisse der Arbeitsgruppe technische Lösungen des  
1329 Dieselgipfels abwarten und dann über geeignete Maßnahmen entscheiden.]

1330 [Dissens bei blauer Plakette: [Um pauschale Fahrverbote zu vermeiden,  
1331 werden wir geeignete emissionsabhängige Differenzierungen zwischen  
1332 Fahrzeugen einführen. Damit schaffen wir für Kommunen die rechtliche  
1333 Voraussetzung, emissionsarme zu kennzeichnen und Einfahrtregelungen  
1334 festzulegen, wenn keine anderen Luftreinhaltemaßnahmen mit geringerer  
1335 Eingriffstiefe mehr zur Verfügung stehen. Den Fonds für nachhaltige Mobilität  
1336 in Städten werden wir erhalten und weiter ausbauen.]]

1337

#### 1338 Deutsche Bahn

1339 [Dissens herrscht bei der Frage der Trennung von Netz und Transport.]

1340

1341 Wir wollen ein einheitliches elektronisches Deutschlandticket / E-Ticket im  
1342 Rahmen eines Mobilpasses.

1343

#### 1344 Synthetische Kraftstoffe

1345 Wir wollen Hemmnisse bei der Sektorkoppelung beseitigen, dies betrifft hier  
1346 insbesondere synthetische Kraftstoffe und Wasserstoff.

1347

#### 1348 Planungs- und Verfahrensbeschleunigungsgesetz

1349 [Wir wollen Planungsbeschleunigung erreichen und orientieren uns dabei an  
1350 der Strategie Planungsbeschleunigung (12 Punkte Programm vom Mai 2017),  
1351 unter besonderer Berücksichtigung der vorgezogenen Bürgerbeteiligung.]<sup>1</sup>

1352

#### 1353 Wohnen

1354 Angesichts stark wachsender Städte hat sich die Wohnraumversorgung zu  
1355 einer zentralen Herausforderung entwickelt. Dies wird u.a. durch den Wegfall  
1356 von Sozialbindungen verstärkt. Unser Ziel ist es, für ausreichenden,  
1357 bezahlbaren und geeigneten Wohnraum für alle zu sorgen und auch  
1358 Eigentumsbildung gerade für Familien zu ermöglichen.

1359

1360 Dabei sehen wir die Notwendigkeit, verlässliche Rahmenbedingungen für  
1361 Investitionen so zu setzen und Investitionen so anzustoßen, dass in den  
1362 nächsten vier Jahren insgesamt 1,5 Mio. neue Wohnungen gebaut werden.  
1363 Wir werden dazu ein starkes Bündnis mit den Ländern, den Kommunen und  
1364 allen relevanten gesellschaftlichen Akteuren anstreben.

1365

---

<sup>1</sup> Grüne wollen 12 Punkte Liste genauer prüfen

1366 Wir sind uns einig, dass wir eine Reform des Wohngeldes brauchen. Wir  
1367 wollen eine Verstetigung der Mittel für die Städtebauförderung.  
1368  
1369 [CDU/CSU; FDP: Wir wollen eine eigentumsfreundliche Ausgestaltung der  
1370 Grundsteuer] [GRÜNE: Wir wollen eine Umsetzung des  
1371 Bundesratsbeschlusses zur Grundsteuer.]  
1372  
1373 Instrumente verbesserter Baulandbereitstellung:  
1374 Wir wollen, dass Grundstücke (von BIMA und DB) für Wohnungsbau den  
1375 Kommunen vergünstigt zur Verfügung gestellt werden.  
1376  
1377 [CDU/CSU; FDP: Wir wollen die Verfügbarmachung von Baugrundstücken  
1378 verbessern durch Steuervergünstigung für Landwirte bei Reinvestition in  
1379 Mietwohnungsbau. Dabei bleibt die Planungshoheit bei den Kommunen]  
1380  
1381 Haushaltswirkungen laut BMF nicht zu beziffern, grobe Schätzung ca. 0,1 Mrd.  
1382 €?  
1383  
1384 Um den Wohnungsbau von Bundesebene weiter zu unterstützen, schaffen wir  
1385 Anreizinstrumente und wollen:  
1386 [CDU/ CSU; FDP: Eine degressive AfA für Wohnungsneubau für einen  
1387 begrenzten Zeitraum wiedereinführen.]  
1388 Haushaltswirkungen (für Erhöhung auf 4 % für 10 Jahre, auf 2,5% für 8 Jahre,  
1389 danach 1,25%): im Jahr laut BMF Bund 165 Mio. €, Länder 155 Mio. €,  
1390 Gemeinden 80 Mio. €, im Verlauf steigend  
1391  
1392 [GRÜNE: Durch eine Investitionszulage sowie einen Steuerbonus eine Million  
1393 dauerhaft sozial gebundene, Wohnungen schaffen, um so untere und mittlere  
1394 Einkommen gezielt zu fördern und zu entlasten.]  
1395 Haushaltsauswirkungen: 1,5 Mrd. €/100.000 Wohnungen im Jahr  
1396  
1397 [CDU/ CSU: Ein Baukindergeld über 10 Jahre pro Kind € 1.200.-. p.a.]  
1398 Haushaltsauswirkungen: BMF Wirkung im 1. Jahr: Bund 187 Mio. €, Land 187  
1399 Mio. €, Gemeinden 66 Mio. €, im Verlauf steigend  
1400  
1401 [CDU/ CSU; FDP: Eine steuerliche AfA für energetische  
1402 Modernisierungsmaßnahmen über 5 Jahre.] (Abgleich Klimapapier notwendig)

1403 Haushaltsauswirkungen: siehe GE 17/6358 (steuerliche Förderung  
1404 energetische Gebäudesanierung: volle Jahreswirkung 1,5 Mrd. €, für den  
1405 Bund 638 Mio. €, 862 € Länder/ Kommunen

1406  
1407 [CDU/ CSU; FDP: Die Möglichkeit der Einräumung von  
1408 Grunderwerbsteuerfreibeträgen auf Länderebene durch bundesgesetzliche  
1409 Rahmengesetzgebung.]

1410 [GRÜNE: Die Bundesländer werden in die Lage versetzt, für den Ersterwerb  
1411 von selbstgenutztem Wohneigentum Freibeträge für die Grunderwerbsteuer  
1412 einzuführen.]

1413 Haushaltswirkungen: Bund 0 Euro, Länder 100 %

1414

#### 1415 Instrumente der Mietpreissicherung

1416 [GRÜNE: Wir wollen eine Weiterführung und Verbesserung der  
1417 Mietpreisbremse.] [CDU/ CSU; FDP: Wir wollen die Abschaffung der  
1418 Mietpreisbremse.]

1419 [CDU/ CSU: Wir wollen die Anwendung eines einfachen Mietspiegels als  
1420 unbürokratisches und befriedendes Instrument stärken.]

1421

#### 1422 Bürokratie- und Kostenabbau:

1423 [CDU/ CSU; FDP: Wir wollen keine weitere Anhebung der energetischen  
1424 Anforderungen.]

1425

1426 [CDU/ CSU; FDP: Wir wollen keine zusätzlichen preistreibenden Vorgaben für  
1427 den Wohnungsbau.]

1428

1429 [CDU/ CSU; FDP: Wir wollen die Evaluierung von Standards und Vorschriften  
1430 für den Wohnungsbau mit dem Ziel der Beschränkung und Differenzierung.]

1431

1432 [GRÜNE: Wir werden Möglichkeiten der Kostensenkung beim Bauen und  
1433 Wohnen in den Koalitionsverhandlungen näher betrachten, und zwar  
1434 Instrumente zur Dämpfung der Kauf- und Baulandpreise, zur Senkung der  
1435 Stückkosten im Wohnungsbau, einer Transparenzoffensive über Baukosten  
1436 und Kaufpreise und ihren Be- und Entlastungen beim Wohnen, auch aus  
1437 Fortschritt und Innovation, bei der öffentlichen Förderung und im  
1438 Normungswesen, und die Empfehlungen der Baukostensenkungskommission  
1439 dazu vertieft aufbereiten.]

1440

1441



1442 **10. Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

1443

1444 Leitbild Landwirtschaft

1445 Wir wollen eine vielfältige Agrarstruktur mit Voll- und Nebenerwerbsbetrieben  
1446 im Land erhalten und mit den Bäuerinnen und Bauern einen gemeinsamen  
1447 Weg in die Zukunft einer wirtschaftlich erfolgreichen Landwirtschaft gehen.  
1448 Dieser soll Klima-, Boden- und Gewässerschutz und auch eine vielfältige Flora  
1449 und Fauna gewährleisten. Die Landwirtschaft prägt unsere Kulturlandschaft,  
1450 die Natur und unsere ländlichen Räume.

1451

1452 Landwirtschaft soll mit den Zielen des Umweltschutzes, der Biodiversität und  
1453 Artenvielfalt sowie des Tierwohls in Einklang stehen. Unsere Landwirtinnen  
1454 und Landwirte leisten einen wichtigen Beitrag zur Ernährungssicherung und  
1455 verdienen Achtung und gesellschaftliche Akzeptanz. Sie brauchen eine  
1456 verlässliche Ertragssituation, die auch die Kosten für eine umwelt- und  
1457 tierschutzgerechte Erzeugung deckt. Flächendeckende Landwirtschaft ist ein  
1458 wichtiger Wirtschaftsfaktor im ländlichen Raum.

1459

1460 GAP

1461 Wir streben für die Gemeinsame Europäische Agrarpolitik (GAP) nach 2020  
1462 ein der heutigen Haushaltsausstattung der GAP vergleichbares Volumen auch  
1463 in der neuen Förderperiode an.

1464

1465 [CDU/CSU/FDP: Wir wollen, dass die Gemeinsame Agrarpolitik der  
1466 Europäischen Union (GAP) vereinfacht und modernisiert wird und in solider  
1467 und berechenbarer Weise als ein zentrales Instrument ökonomischer,  
1468 ökologischer, und soziokultureller Agrarstruktur- und ländlichen  
1469 Entwicklungspolitik verstetigt wird.]

1470 [CDU/CSU: Hierzu bedarf es einer besseren zielgenaueren Ausrichtung der  
1471 GAP: zielgerichtete Direktzahlungen mit einer, die wirtschaftliche  
1472 Leistungsfähigkeit der Betriebe berücksichtigenden Degression der Zahlungen  
1473 zu Gunsten kleinerer und mittlerer Betriebe und einer zweiten Säule, die  
1474 sowohl Fragen des Umwelt- und Klimaschutzes als auch des Tierwohls und  
1475 der ländlichen Struktur befördert.]

1476 [CDU/CSU: Die durch eine Degression nicht an landwirtschaftliche Betriebe in  
1477 der 1. Säule ausgereichten Gelder sollen in den betroffenen Regionen  
1478 verbleiben. Damit wird gerade in den Regionen mit einer großflächigen  
1479 Landwirtschaft die 2. Säule gestärkt und eine Möglichkeit eröffnet,  
1480 umfangreichere Agrarumweltprogramme anzubieten.]

1481 [Grüne: Wir wollen bei der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik eine  
1482 bessere Zielorientierung, hin zu mehr Umwelt-, Klima-, Naturschutz und  
1483 Tierwohl. Entsprechend wollen wir noch in der laufenden Förderperiode aus  
1484 der ersten Säule der GAP in die zweite Säule umschichten (xxx%) und von  
1485 sogenannten Koppelzahlungen (xxx% für tier- und umweltgerechte  
1486 Produktion) Gebrauch machen.

1487 [FDP/ CDU/ CSU: Eine weitere Umschichtung über die bereits bestehenden  
1488 4,5% hinaus von der 1. in die 2. Säule lehnen wir ab. Die GAP muss  
1489 planungssicher und verlässlich bleiben, um gute Zukunftsperspektiven für die  
1490 Betriebe und den Nachwuchs zu sichern.]

1491  
1492 Die GAP-Gesetzgebung, -verwaltung und -kontrollen sind so komplex  
1493 geworden, dass sie die politische Zielrichtung nicht mehr erkennen lassen und  
1494 dadurch Schlüssigkeit und Akzeptanz abnimmt. Die durch Kostendegression  
1495 bedingte unterschiedliche wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Betriebe wird  
1496 nicht berücksichtigt. Wir werden durch Vereinfachung und nachvollziehbare  
1497 Regelungen den Landwirten eine nachhaltige Erzeugung von Lebensmitteln  
1498 ermöglichen.

1499  
1500 GAK / Bundesprogramme  
1501 Unabhängig von der GAP wollen wir eine nachhaltige Agrarpolitik, die  
1502 zusätzliche gesellschaftliche Anforderungen erfüllt. Der Export in  
1503 Entwicklungsländer darf dort nicht die Existenz von Bäuerinnen und Bauern  
1504 zerstören. Das ist ein wichtiger Beitrag zur Bekämpfung von Fluchtursachen.

1505  
1506 Dazu wollen wir auf nationaler Ebene eine bessere Ausstattung zur  
1507 Finanzierung der Gemeinschaftsaufgabe GAK und Bundesprogramme.

1508  
1509 Diese Mittel sollen  
1510 - für Tierwohl und die Maßnahmen zur Umsetzung der  
1511 Haltungskennzeichnung  
1512 - Ställe der Zukunft,  
1513 - klimaschutzangepasste Produktion,  
1514 - Erhalt der Kulturlandschaft und der biologischen Vielfalt,  
1515 - gesunde Ernährung,  
1516 - Technologisierung und Digitalisierung sowie Präzisionslandwirtschaft  
1517 eingesetzt werden. Darüber hinaus soll in Forschung und Innovation investiert  
1518 werden.

1519 [CDU/ CSU/ FDP: Dies ist das Mittel der Wahl vor einer Ausweitung des  
1520 Ordnungsrechts.]

1521

#### 1522 Tierwohl/Tierschutz/Haltungskennzeichnung

1523 Auf Basis der Nutztierhaltungsstrategie wollen wir Trendsetter beim Tierwohl  
1524 werden. Wir wollen einen gesellschaftlichen Konsens für die Nutztierhaltung  
1525 herstellen, den Tierschutz voran bringen und den Tierhaltern dabei einen  
1526 verlässlichen, planungssicheren und wirtschaftlichen Weg ermöglichen.

1527

1528 Über die Förderung hinaus werden wir Lücken bei Haltungsnormen im  
1529 Tierschutzrecht gezielt schließen. Das Töten von Eintagsküken werden wir  
1530 endgültig beenden.

1531

1532 Wir wollen den Kompetenzkreis Tierwohl zu einem Runden Tisch Tierschutz  
1533 weiterentwickeln und die Nutztierstrategie zu einem Tierschutzplan  
1534 fortschreiben.

1535

1536 Wir wollen durch eine staatliche Kennzeichnung Markttransparenz hinsichtlich  
1537 der Haltung von Tieren herstellen, damit der Verbraucher eine  
1538 Entscheidungsfreiheit hat und die Bauern am Markt angemessene Preise für  
1539 gute Tierhaltung erzielen können. Das zunächst freiwillige, staatliche  
1540 Tierwohllabel wollen wir noch innerhalb der Legislatur zu einer verbindlichen  
1541 europarechtskonformen Haltungskennzeichnung weiterentwickeln. Wir achten  
1542 beim Ordnungsrecht und bei der Einführung der Haltungskennzeichnung auf  
1543 den Erhalt kleiner Strukturen und die ökonomischen Konsequenzen auf den  
1544 Betrieben.

1545

#### 1546 Pflanzenschutz

1547 Wir wollen in der Landwirtschaft und in der außerlandwirtschaftlichen  
1548 Anwendung den Einsatz chemischer Wirkstoffe der Menge nach reduzieren  
1549 und werden dabei die Möglichkeit der Präzisionslandwirtschaft nutzen.

1550 Wir etablieren hierzu ein Reduktionsprogramm.

1551

1552 Wir werden umgehend die Ursachen des Rückgangs der Insektenpopulation  
1553 untersuchen und gleichzeitig ein Sofortprogramm für den Schutz und die  
1554 Verbesserung der Lebensbedingungen der Insekten erarbeiten und umsetzen.

1555

1556 Unser Augenmerk gilt den besonders sensiblen Gebieten. [Grüne: wieder  
1557 strittig]

1558 [Grüne: Zudem erhöhen wir den Anteil der Flächen ohne Pestizideinträge zum  
1559 Schutz der Artenvielfalt deutlich. Wir setzen uns auf EU-Ebene für ein Verbot  
1560 für alle Neonicotinoide und wirkungsähnliche Stoffe ein. Gebiete, die einen  
1561 besonderen Schutzstatus haben, sollen besonders geschützt werden.]

1562  
1563 Das Spektrum verfügbarer chemischer Präparate im Pflanzenschutz wollen wir  
1564 um neue und zielgenauere, auch biologische, Wirkstoffe erweitern. Die  
1565 Zulassung soll transparenter unabhängig und schneller werden. Grundsätzlich  
1566 soll sich Pflanzenschutz an der Schadschwelle des Befalls bzw.  
1567 Krankheitsgeschehens orientieren.

1568  
1569 Die Frage des Glyphosateinsatzes wird nach einer Entscheidung der KOM  
1570 aufgerufen. Ggf. werden wir nationale zusätzliche Maßnahmen im Sinne  
1571 restriktiverer Anwendungen ergreifen.

1572  
1573 Ökolandbau  
1574 Neben dem konventionellen ist der ökologische Landbau eine wichtige Säule  
1575 der deutschen Land- und Ernährungswirtschaft. Dieser leistet einen hohen  
1576 Beitrag zum Erhalt der Artenvielfalt. Dieser stark wachsende Markt mit hoher  
1577 Wertschöpfung, der mit inländischer Erzeugung nicht befriedigt werden kann,  
1578 bietet große Chancen. Wir werden das Zukunftsprogramm Ökolandbau  
1579 umsetzen.

1580  
1581 Verbraucherschutz  
1582 Wir gehen von einem differenzierten Verbraucherleitbild aus, das sowohl  
1583 umfassende Beratung und Transparenz als auch Information enthält, um  
1584 selbstbewusste Entscheidungen treffen zu können.

1585  
1586 Im Sinne einer Verbesserung der Rechtsdurchsetzung führen wir eine  
1587 Musterfeststellungsklage ein. Eine ausufernde Klageindustrie lehnen wir ab.

1588  
1589 Wir wollen beim digitalen [Grüne: Daten- und] Verbraucherschutz - IT-  
1590 Sicherheit, Datenportabilität, voreingestellten Datenschutz - bei maximaler  
1591 Transparenz unter Beachtung der Wettbewerbssituation sicherstellen. Wir  
1592 wollen Transparenz bei Vergleichsplattformen schaffen. Wir setzen uns für  
1593 einen diskriminierungsfreien Netzzugang ein, dafür ist Netzneutralität wichtig.

1594  
1595 Wir richten eine Kommission ein, die uns bis Anfang 2019 Vorschläge für den  
1596 Umgang mit Algorithmen macht.

1597  
1598 Wir werden ein umfassendes Programm für gesunde Ernährung erarbeiten.  
1599 Wir wollen eine nationale Strategie zur Reduktion von Zucker, Fetten und Salz  
1600 in Fertigprodukten auflegen.

1601 **11. Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse und starke Kommunen**

1602

1603 Kommunen sind die Grundlage des gesellschaftlichen und demokratischen  
1604 Lebens. Unter Aufrechterhaltung der kommunalen Selbstverantwortung wollen  
1605 wir die Leistungskraft der Kommunen stärken. Strukturschwächen in Stadt,  
1606 Land und Regionen wollen wir begegnen. Dabei sind Bund und Länder in  
1607 gemeinsamer Verantwortung.

1608

1609 Wir wollen die Fortführung, Sicherstellung und Anpassung aller bisher  
1610 kommunal wirksamen Finanzprogramme. Die bisher aufgelegten Programme  
1611 zur Unterstützung der Kommunen im Kontext Flucht, Zuwanderung und  
1612 Integration sind derzeit mit 5,15 Mrd. veranschlagt. Dies sind  
1613 Integrationspauschale (2 Mrd. Euro), flüchtlingsbezogene Kosten der  
1614 Unterkunft (1,3 Mrd. Euro), Asylkostenbeteiligung (1,5 Mrd. Euro) und Hilfen  
1615 für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (350 Mio. Euro).

1616

1617 Für uns gilt der Grundsatz „wer bestellt, bezahlt“. Finanzmittel, die der Bund  
1618 für Kommunen bereitstellt, müssen auch dort ankommen. Sollten neue  
1619 Aufgaben seitens des Bundes auf die Kommunen zukommen, erfolgt eine  
1620 entsprechende Kostenübernahme durch den Bund. Für bestehende  
1621 Leistungsgesetze soll eine Standardprüfung erfolgen.

1622

1623 Bundesweit gleichwertige Lebensverhältnisse wollen wir in Anlehnung an  
1624 geeignete Faktoren zur Bekämpfung von Strukturschwächen im ländlichen  
1625 Raum, in Regionen und in Kommunen in allen Bundesländern ermöglichen.  
1626 Das gilt insbesondere auch für Strukturentwicklung in Ostdeutschland. Dies  
1627 umfasst im Rahmen einer Dezentralisierungsstrategie Maßnahmen der  
1628 Daseinsvorsorge, Infrastruktur, Bildung, Behördenansiedlung, Hochschule und  
1629 Forschung, Digitalisierung, medizinische Versorgung und  
1630 Unternehmensansiedlungen.

1631

1632 Eine Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ soll bis Ende 2018  
1633 konkrete Vorschläge erarbeiten.

1634

1635 Rahmenbedingungen für Zuwanderung und gelingende Integration müssen so  
1636 gestaltet werden, dass diese von Kommunen gesellschaftlich, sozial, kulturell  
1637 und wirtschaftlich bewältigt werden können.

1638

1639 Ehrenamt und Bürgerschaftliches Engagement

1640 Ehrenamt und Bürgerschaftliches Engagement sind für unser Gemeinwesen  
1641 unverzichtbar. Das Engagement, den Einsatz und die Kreativität der vielen  
1642 Menschen wollen wir noch stärker unterstützen. Anerkennung und  
1643 Wertschätzung wollen wir durch Ehrenamts- oder Engagementkarten und  
1644 Beratungsbüros oder Serviceagenturen fördern. Wir wollen mehr  
1645 Rechtssicherheit im Gemeinnützigkeitssektor schaffen. Wir wollen die Zahl der  
1646 Plätze in den Freiwilligendiensten ausweiten.

1647  
1648 Viele Menschen engagieren sich in Vereinen, Initiativen und Verbänden für ein  
1649 lebendiges Gemeinwesen. Die Kirchen und Religionsgemeinschaften sind  
1650 eine wichtige Stütze einer lebendigen Demokratie. Sie wie auch die  
1651 Weltanschauungsgemeinschaften leisten einen wichtigen Beitrag für unsere  
1652 lebendige Zivilgesellschaft, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die  
1653 Werteorientierung. Deshalb wollen wir einen intensiven Dialog pflegen.

1654  
1655

1656 **12. Kultur und Medien**

1657

1658 Kultur

1659 Leitmotiv der Kulturpolitik bleiben Freiheit und Vielfalt von Kunst und Kultur  
1660 und die Stärkung der Kulturstandorts Deutschlands, in allen Regionen.

1661

1662 Wir werden die Erinnerungskultur stärken und ausbauen: unter anderem durch  
1663 die Fortsetzung der Aufarbeitung der NS-Geschichte, weil es einen  
1664 Schlussstrich nicht geben kann. Auch die SED-Diktatur muss weiter  
1665 aufgearbeitet werden. Wir werden die Aufarbeitung der deutschen  
1666 Kolonialgeschichte vorantreiben.

1667

1668 Wir wollen in dieser Legislaturperiode das Kulturgutschutzgesetz einer  
1669 umfassenden und grundsätzlichen Evaluation unterziehen, um ggf.  
1670 Änderungsbedarf festzustellen und diesen zu beheben.

1671

1672 Wir beabsichtigen, die Pauschalmargenbesteuerung im Kunsthandel als  
1673 Regelfall in der praktischen Anwendung der Landesfinanzverwaltungen  
1674 vorzusehen, wie von Bund und Ländern bereits beschlossen.

1675

1676 Medien

1677 Presse- und Medienfreiheit sind fundamentale demokratische Werte, die es  
1678 unter allen Umständen zu schützen gilt.

1679

1680 Wir wollen die Qualität und Vielfalt der Medien auch in Zeiten der  
1681 Digitalisierung und der sich wandelnden Mediennutzung erhalten und stärken.

1682

1683 Angesichts der Konvergenz braucht es faire Wettbewerbsbedingungen für alle  
1684 Beteiligten.

1685

1686 Wir werden auf vielfältige Weise die Medienkompetenz weiter fördern.

1687

1688 Werte wie Meinungsfreiheit, Pressefreiheit und unabhängiger Journalismus  
1689 sind von elementarer Bedeutung. Bei der Vermittlung dieser Werte ist die  
1690 Deutsche Welle gerade auch wegen ihrer Mehrsprachigkeit ein wichtiger  
1691 Akteur, den wir national wie international weiter stärken wollen.

1692

1693



1694 **13. Europa**

1695

1696 Wir bekennen uns zur Gestaltung eines starken und geeinten Europa.  
1697 Deutschland kann es nur gut gehen, wenn es auch Europa gut geht. Unser  
1698 Ziel ist, unsere gemeinsamen Werte und Interessen in einer globalisierten  
1699 Welt zu behaupten und zu verteidigen. Wir wollen im Geist des Miteinanders  
1700 mit allen Partnern die EU weiterentwickeln und reformieren. Die deutsch-  
1701 französische Zusammenarbeit ist für uns von herausgehobener Bedeutung.<sup>2</sup>

1702

1703 Wir wollen die Wirtschafts- und Währungsunion stärken, um Europa  
1704 wirtschaftlich erfolgreicher zu machen und besser gegen Krisen zu wappnen.  
1705 Europa braucht angemessene Investitionen. Die konsequente Anwendung des  
1706 Stabilitäts- und Wachstumspakts ist die Grundlage für eine dauerhaft stabile  
1707 Währung. Dazu muss im Binnenmarkt die wirtschaftliche Kohärenz der  
1708 Mitgliedstaaten verbessert werden. Wirtschaftspolitische Koordinierung,  
1709 Krisenprävention und Haushaltsüberwachung gehören zusammen. Wir wollen  
1710 die finanzpolitische Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten der Eurozone  
1711 stärken: Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) hat eine  
1712 makroökonomische Kompetenz aufgebaut, die anhand objektiver Kriterien  
1713 unabhängig entscheidet. [Wir sind offen dafür, diesen bei der  
1714 Haushaltsüberwachung zu nutzen sowie ihn ins Gemeinschaftsrecht zu  
1715 überführen.]

1716 [Automatische Transfers, die Vergemeinschaftung von Schulden und Risiken  
1717 oder weitere Mechanismen zur Stabilisierung (fiscal capacity) unterstützen wir  
1718 nicht.]

1719

1720 ~~[UNION: Notwendig ist die Bereitschaft der Mitgliedsstaaten,~~  
1721 ~~außergewöhnliche, unvorhersehbare wirtschaftliche Notsituationen, die sich~~  
1722 ~~der Kontrolle eines einzelnen Mitgliedsstaates entziehen, abzufedern; die~~  
1723 ~~Einführung von Instrumenten zu automatischen Transfers oder~~  
1724 ~~Schuldenvergemeinschaftung unterstützen wir nicht.]~~

1725

1726 ~~[FDP: Wir befürworten keinen Stabilitätsmechanismus (fiscal capacity) zur~~  
1727 ~~Abfederung von Auswirkungen wirtschaftlicher Erschütterungen.]~~

1728

1729 [GRÜNE: Notwendig ist eine wirksame europäische Fähigkeit zur Abfederung  
1730 asymmetrischer Wirtschaftsschocks; die Einführung von Instrumenten zu

---

<sup>2</sup> Konsens: Teil zu Macron / Elysee-Vertrag geht ins Kapitel Außenpolitik.

1731 automatischen Transfers oder Schuldenvergemeinschaftung unterstützen wir  
1732 nicht.]

1733

1734 Wir wollen verstärkte Investitionen in realwirtschaftliche Projekte.

1735

1736 [~~Der folgende Kompromissvorschlag konnte nicht geeint werden: Wir müssen~~  
1737 ~~in der Lage sein, Notwendig ist eine Fähigkeit,~~ außergewöhnliche,  
1738 unvorhersehbare wirtschaftliche Notsituationen, die sich der Kontrolle eines  
1739 einzelnen Mitgliedsstaates entziehen, abzufedern; die Einführung von  
1740 Instrumenten zu automatischen Transfers oder Schuldenvergemeinschaftung  
1741 unterstützen wir nicht.]

1742

1743 [UNION/GRÜNE: Bei der schrittweisen Vollendung der Bankenunion müssen  
1744 die besonderen Rahmenbedingungen von Sparkassen und  
1745 Genossenschaftsbanken berücksichtigt werden. Generell gilt der Vorrang von  
1746 Risikoreduzierung vor Risikoteilung. Die Bankenunion muss auf das Ziel  
1747 ausgerichtet werden, systemische Risiken, einschließlich derer, die von  
1748 Staaten ausgehen, abzuwenden.]

1749

1750 [FDP: Angesichts der grenzüberschreitenden Aktivitäten der Banken ist eine  
1751 gemeinschaftliche Strategie der EU für Banken und die Bankenaufsicht eine  
1752 gute Idee. Ein europäisches Einlagerungssicherungssystem lehnen wir ab.]

1753

1754 [Kompromiss nicht geeint: Bei der schrittweisen Vollendung der Bankenunion  
1755 können weitere Maßnahmen zur Risikoteilung erst unternommen werden,  
1756 wenn die Risiken im Bankensektor nachhaltig zurückgeführt wurden und dabei  
1757 auf eine angemessene Berücksichtigung der Risiken von Staatsanleihen in  
1758 den Bankbilanzen gewährleistet ist.]

1759

1760 Die Investitionskraft der EIB darf nicht geschwächt werden.

1761

1762 Wir treten für einen konsequenten Kampf gegen Geldwäsche, unfairen  
1763 Steuerwettbewerb, Steuervermeidung und Mehrwertsteuerbetrug ein. Wir  
1764 wollen einen verbindlichen und effektiven Informationsaustausch zwischen  
1765 nationalen Steuerbehörden. Eine gemeinsame Steuerbemessungsgrundlage  
1766 mit Partnern in Europa streben wir an.

1767

1768 Wir wollen angesichts der großen Herausforderungen zugunsten der Zukunft  
1769 Europas einen angemessenen deutschen Beitrag zum EU-Haushalt leisten.

1770 Unser Ziel ist eine Gesamtmittelausstattung der EU, so dass sie die ihr  
1771 übertragenen Aufgaben sachgerecht erfüllen kann. Effizienterer Mitteleinsatz,  
1772 klare Ausrichtung auf europäischen Mehrwert sowie stärkere Verknüpfung der  
1773 Strukturfondsmittel mit den länderspezifischen Empfehlungen sind nötig. Wir  
1774 verfolgen den Ausbau der Forschungsförderung, von Mitteln für Afrikafonds  
1775 und Entwicklungszusammenarbeit (Migration), von Ausgaben für äußere  
1776 Sicherheit inkl. Grenzschutz und gemeinsame Außenpolitik sowie verstärkte  
1777 Investitionen (zum Beispiel EIB/EFSI), etwa für Innovation, Infrastruktur und  
1778 Klimaschutz.

1779  
1780 [STRITTIG: Wir wollen Europäisches Recht 1:1 in deutsches Recht umsetzen.]

1781  
1782 Den Rechtsstaatsmechanismus der EU wollen wir verbessern, die  
1783 Kommission in ihrer Rolle als Hüterin der Verträge stärken sowie die  
1784 Parlamentarisierung und Demokratisierung der EU fortsetzen. Die Wahrung  
1785 des Subsidiaritätsprinzips betonen wir. Die stärkere Förderung der Mobilität  
1786 junger Europäer gegen Jugendarbeitslosigkeit ist uns wichtig.

1787  
1788 Wir bekennen uns zur europäischen Freizügigkeit und zur vertragstreuen  
1789 Umsetzung des Schengen-Abkommens. Wir werden uns mit Nachdruck für die  
1790 Schaffung eines gemeinsamen Schutzes der EU-Außengrenzen einsetzen; so  
1791 dass dann insofern von Binnengrenzkontrollen im Rahmen des  
1792 Schengensystems seltener Gebrauch gemacht werden muss.

1793  
1794 Nicht zuletzt wegen der vielfältigen engen Beziehungen zur Türkei und deren  
1795 Bedeutung messen wir diese an Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und  
1796 Menschenrechten. Bei den Beitrittsverhandlungen wollen wir keine neuen  
1797 Kapitel öffnen oder schließen und wir wollen keine Erweiterung der Zollunion  
1798 ins Auge fassen. [Strittig: Wir begrüßen, dass die Vorbeitrittshilfen im Lichte  
1799 der aktuellen Situation erst einmal begrenzt werden.]

1800 [FDP/CSU: Wir wollen uns im Rat für die Ersetzung des Beitrittsprozesses  
1801 durch eine neue Form der Zusammenarbeit einsetzen.] So lange die Türkei  
1802 die notwendigen Verpflichtungen nicht erfüllt, kann es keine Visa-  
1803 Liberalisierung geben.

1804  
1805 Wir bekräftigen die Beitrittsperspektiven für die Staaten des westlichen  
1806 Balkans; dabei gilt: Aufnahme- und Beitrittsfähigkeit vor Schnelligkeit.

1807

1808 Wir werden die verlässliche Koordinierung zu europäischen Fragen in der  
1809 Bundesregierung sicherstellen.  
1810  
1811

1812 **14. Internationale Politik, Verteidigung und Entwicklungs-**  
1813 **zusammenarbeit**

1814  
1815 Unsere Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik basiert auf einer  
1816 wertorientierten Realpolitik. Wir setzen uns für Frieden, Freiheit,  
1817 Menschenrechte und demokratische Teilhabe in Europa und der Welt ein. Wir  
1818 setzen auf eine regelbasierte internationale Ordnung und erkennen an, dass  
1819 Deutschland diese alleine nicht garantieren kann. Deshalb sind die EU und  
1820 starke, handlungsfähige internationale Organisationen, Allianzen und  
1821 Bündnisse für Deutschland unentbehrlich.

1822  
1823 Wir wollen die diplomatischen Ressourcen Deutschlands stärken. Priorität  
1824 haben für uns zivile Krisenprävention, aktives Krisenmanagement sowie  
1825 langfristige Stabilisierung im Interesse von nachhaltigen politischen Lösungen.  
1826 Der deutsche Einfluss in den VN muss konzeptionell, personell und finanziell  
1827 unserem politischen Gewicht entsprechen. Die Sicherheit unserer deutschen  
1828 Auslandsvertretungen ist uns ein besonderes Anliegen.

1829  
1830 Eine wachsende Gestaltungskraft der EU ist dabei eine wichtige Priorität. Wir  
1831 treten ein für eine Stärkung der GASP.

1832  
1833 Wir lassen uns von dem Gedanken kohärenten Regierungshandelns leiten.  
1834 Das schließt vernetzte Sicherheit ein. Unter Kohärenz verstehen wir ein  
1835 abgestimmtes Handeln aller international tätigen Ressorts.

1836  
1837 Wir wollen die deutsch-französische Zusammenarbeit vertiefen. Wir werden  
1838 Präsident Macrons Vorschlag einer Aktualisierung des Elysée-Vertrages  
1839 aufnehmen.

1840  
1841 Wir bekennen uns zur NATO und zu starken transatlantischen Beziehungen  
1842 auf Grundlage unseres gemeinsamen Wertefundaments. Neben Kontakten zur  
1843 Regierung der USA werden wir verstärkt auf eine Vertiefung der  
1844 gesellschaftlichen Zusammenarbeit sowie verstärkte Kontakte zu Städten und  
1845 Bundestaaten setzen.

1846  
1847 Wir wollen gute Beziehungen zu Russland. Dabei setzen wir auf die Geltung  
1848 des Völkerrechts, die Einigkeit des Westens und fortgesetzte  
1849 Dialogbereitschaft.

1850

1851 Wir wollen neue Kooperationsformate mit Entwicklungs- und Schwellenländern  
1852 ausbauen sowie eine europäisch abgestimmte Afrikastrategie entwickeln. Wir  
1853 setzen uns für eine gemeinsame europäische China-Strategie ein.

1854  
1855 Wir bekennen uns zur Universalität der Menschenrechte, zur  
1856 Rechtsstaatlichkeit und zur Herrschaft des Rechts in den internationalen  
1857 Beziehungen und betrachten Menschenrechte als zentrale Konstante  
1858 deutscher Außen- und Sicherheitspolitik. Dies schließt jegliche  
1859 Benachteiligung aufgrund von Religion, ethnischer Herkunft, Geschlecht oder  
1860 sexueller Orientierung aus.

1861  
1862 Wir werden konkrete Maßnahmen ergreifen, um eine verstärkte Beteiligung  
1863 von Frauen in der Krisenprävention, Konfliktbeseitigung und  
1864 Friedenskonsolidierung zu finden. Wir setzen uns für den Schutz von Frauen  
1865 und Mädchen vor Gewalt in bewaffneten Konflikten ein.

1866  
1867 Wir bekennen uns nachdrücklich zu den multilateralen Verpflichtungen  
1868 Deutschlands im Rahmen internationaler Institutionen wie den VN, der  
1869 Europäischen Union, der NATO, der OSZE und dem Europarat. Wir  
1870 unterstützen eine aktive Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik auf  
1871 nuklearem und konventionellem Gebiet. Ziel unserer Politik ist eine  
1872 nuklearwaffenfreie Welt. Nukleare Abrüstung ist der erste Schritt zu diesem  
1873 Ziel. Deshalb werden wir eine diplomatische Offensive für nukleare Abrüstung  
1874 auf den Weg bringen.

1875 [Grüne: Wir werden uns in der NATO dafür einsetzen, dass die in Deutschland  
1876 verbliebenen Nuklearwaffen abgezogen werden und solange setzen wir das  
1877 Modernisierungsprogramm aus.]

1878  
1879 Wir streben eine gemeinsame europäische Rüstungsexportkontrollpolitik an.  
1880 Die politischen Grundsätze der Bundesregierung von 2002 sind gemeinsamer  
1881 Ausgangspunkt der Überlegungen. Rüstungsexporte werden wir restriktiv  
1882 handhaben.

1883  
1884 [Grüne: Die bestehenden Richtlinien der Bundesregierung werden wir  
1885 weiterentwickeln. Wir wollen ein verbindliches Rüstungsexportkontrollgesetz  
1886 vorlegen, das die Exporte in Krisenregionen und an Staaten mit eklatanten  
1887 MR-Verletzungen verhindert und Rüstungsexporte begrenzt. Dazu sollen unter  
1888 anderem die Kriterien der politischen Grundsätze stärker gesetzlich verankert  
1889 werden. Zudem wollen wir die Regelungslücken bei der technischen

1890 Unterstützung und bei Geschäften von Tochtergesellschaften deutscher  
1891 Unternehmen bei Rüstungsproduktionen und Rüstungs Kooperationen im  
1892 Ausland wirksam schließen.]

1893 [CDU, CSU, FDP: Wir wollen eine verbindliche Rüstungsexportkontrollpraxis,  
1894 die Exporte in Krisenregionen verhindert und Rüstungsexporte begrenzt. Dazu  
1895 sollen unter anderem die Kriterien der politischen Grundsätze leitend sein.]

1896 [Grüne: Wir werden vorerst alle Rüstungsexporte an Staaten stoppen, die  
1897 Mitglied der Kriegsallianz im Jemen sind.]

1898 [CDU, CSU, FDP: Wir werden uns für eine technologisch starke  
1899 Verteidigungsindustrie einsetzen, die europäisch konsolidiert die Aufträge  
1900 unserer Streitkräfte erfüllen kann.]

1901

## 1902 Verteidigung

1903 Wir wollen Sicherheit in Europa weiterhin transatlantisch und zugleich  
1904 europäischer gestalten. Wir betonen den Charakter der Bundeswehr als  
1905 Parlamentsarmee und damit sie die ihnen erteilten Aufträge in allen  
1906 Dimensionen sachgerecht erfüllen kann, werden wir den Soldatinnen und  
1907 Soldaten die bestmögliche Ausrüstung, Ausbildung und Betreuung zur  
1908 Verfügung stellen. Im Beschaffungswesen müssen die Synergien  
1909 europäischer Kooperation besser genutzt werden bis hin zur Entwicklung einer  
1910 Europäischen Verteidigungsunion. Für die Attraktivität des Dienstes in der  
1911 Bundeswehr sind moderne Arbeitsbedingungen in Deutschland unentbehrlich.

1912

1913 Wir wollen die Bundeswehr VN-fähiger und europatauglicher machen und  
1914 dafür insbesondere auf folgenden Gebieten ertüchtigen: Digitalisierung,  
1915 Verlege- und Transportfähigkeit, unbemannte Aufklärung, mobile taktische  
1916 Kommunikation.

1917

1918 Wir wollen die Friedensmission der Vereinten Nationen und die europäische  
1919 Ausbildungsmission in Mali fortsetzen, um den politischen Prozess, die  
1920 Umsetzung des Friedensabkommens und eine Sicherheitssektorreform zu  
1921 unterstützen.

1922

1923 Mit Blick auf den Irak und Syrien streben wir an, die beiden bestehenden  
1924 Counter Daesh Einsätze zu einem Mandat weiterzuentwickeln, das mit dem  
1925 neuen Schwerpunkt Capacity Building im Rahmen der NATO einen Beitrag  
1926 dazu liefert, verlässliche und politisch kontrollierte Sicherheitsstrukturen im  
1927 Gesamt-Irak zu stärken, und die Aufklärungsflüge auf den Irak beschränken  
1928 soll.

1929  
1930 [Grüne: Wir streben eine Veränderung der Mission EUNAVORMED an, die die  
1931 Operationen in den libyschen Hoheitsgewässern sowie auf dem Festland und  
1932 die Ausbildung der libyschen Küstenwache unter den gegebenen  
1933 Bedingungen ausschließen soll.]

1934 [CDU, CSU, FDP: Wir streben mit Blick auf das migrationspolitische  
1935 Gesamtkonzept der Bundesregierung eine Weiterentwicklung der Mission  
1936 EUNAVORMED auf europäischer Ebene an.]

1937  
1938 Deshalb wollen wir in den Sondierungsgesprächen insbesondere folgende  
1939 Fragen weiter besprechen:

1940

1941 <Die Frage bewaffnungsfähiger Drohnen>

1942 <RSM-Einsatz in Afghanistan >

1943

1944 Entwicklungspolitik

1945 Wir werden Entwicklungspolitik konsequent und wertebasiert als langfristige  
1946 globale Nachhaltigkeits-, Stabilitäts- und Friedenspolitik im Rahmen eines  
1947 kohärenten Politikansatzes gestalten. Wir werden die Effizienz und  
1948 Wirksamkeit überprüfbar steigern und die Rolle der Zivilgesellschaft stärken.  
1949 Die Umsetzung der Agenda 2030, der Ziele für nachhaltige Entwicklung  
1950 einschließlich der internationalen Klimaverpflichtungen, ist Leitfaden deutscher  
1951 Entwicklungspolitik.

1952

1953 Wir wollen eine starke multilaterale Entwicklungspolitik insbesondere durch  
1954 handlungsfähige VN-Fonds und -Programme, die wir durch verlässliche  
1955 Beiträge stabilisieren wollen. Das gilt insbesondere in Situationen, in denen  
1956 Andere ihre Finanzierungszusagen zurückziehen.

1957

1958 Wir werden uns besonders einsetzen für:

- 1959
- Eine Welt ohne Hunger und Epidemien
  - Den Schutz globaler Gemeinschaftsgüter
  - Den Ausbau der Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft
  - Die Bekämpfung von Fluchtursachen
  - Bildung und Ausbildung als Schwerpunkt in allen Partnerländern

1964

1965 [CDU, CSU, Grüne: Wir verfolgen vom Beginn der Legislaturperiode an das  
1966 Ziel, die ODA-Quote bis 2020 bei 0.7% dauerhaft ohne Einrechnung der  
1967 inländischen Ausgaben für Flüchtlinge zu erreichen. Die Ausgaben für



1968 Entwicklung sollen mindestens im Maßstab 1 zu 1 wie die Ausgaben für  
1969 Verteidigung steigen auf der Grundlage] [CDU, CSU: des 51. Finanzplans]  
1970 [Grüne: des Haushalts 2016.)  
1971 [FDP: Wir werden in unserer Entwicklungszusammenarbeit auf Qualität, nicht  
1972 Quantität setzen. Die Wirksamkeit der Maßnahmen steht für uns im  
1973 Vordergrund gegenüber dem Festhalten an starren Prozentsätzen.]

1974

#### 1975 Handel

1976 Freier und fairer Handel schafft Wohlstand für alle Beteiligten. Globalisierung  
1977 muss gerecht gestaltet werden, deshalb müssen auch in der Handelspolitik die  
1978 SDGs jederzeit beachtet werden.

1979

1980 Wir werden uns einsetzen für die Stärkung eines regelbasierten multilateralen  
1981 Handelssystems, daher wollen wir die zentrale Rolle der WTO stärken. Bis  
1982 dies erreicht ist, sind weitere bilaterale Handelsabkommen als Ergänzung  
1983 notwendig, mit denen der Marktzugang für deutsche und europäische  
1984 Unternehmen erreicht wird.

1985

1986 Wir wollen die Architektur künftiger Handelsabkommen nach dem Prinzip „EU  
1987 only“ gestalten und Transparenz sowie Parlamentsbeteiligung im Verfahren  
1988 von Anbeginn an stärken.

1989

1990 [FDP: Wir wollen die laufenden Verhandlungen über bilaterale  
1991 Handelsabkommen zügig abschließen. Eine Überfrachtung der Handelspolitik  
1992 mit sachfremden Themen lehnen wir ab.]

1993 [Grüne: Wir wollen faire Handels- und Investitionsabkommen ohne  
1994 Investorenschiedsgerichte (ISDS und ICS).] [CDU, CSU, Grüne: Bei  
1995 zukünftigen Handelsabkommen wird die Einhaltung international verbindlicher  
1996 Umwelt-, Sozial- und Arbeitsstandards festgeschrieben.] [Grüne: Alle  
1997 Vertragsparteien müssen das Pariser Klimaabkommen unterzeichnet haben.]  
1998 [CDU, CSU, FDP: <Ein Abkommen zur Verbesserung der Handels- und  
1999 Investitionsbeziehungen mit den USA bleibt notwendig.]

2000 Wir werden in dieser Legislaturperiode [CDU, CSU, FDP: ein/ Grüne: kein]  
2001 Ratifizierungsgesetz für CETA in den Bundestag einbringen.

2002

2003

2004 **15. Haushalt und Finanzen**

2005

2006 Solide Finanzpolitik

2007 Wir richten unsere Haushaltspolitik am Ziel der Nachhaltigkeit und Solidität  
2008 aus, die keine Lasten auf zukünftigen Generationen verschiebt. Angesichts der  
2009 guten konjunkturellen Lage und der damit verbundenen steigenden  
2010 Steuereinnahmen wollen wir für die kommenden vier Jahre Haushalte ohne  
2011 neue Schulden vorlegen. Unser Ziel ist es, dass Deutschland bis zum Ende  
2012 der Legislaturperiode das Verschuldungskriterium des Maastricht-Vertrages  
2013 von maximal 60 Prozent des BIP wieder erfüllt. ~~[GRÜNE: Wir wollen~~  
2014 ~~sicherstellen, dass konjunkturelle Spielräume nicht zu strukturellen~~  
2015 ~~Haushaltsbelastungen in Zukunft führen.]~~

2016

2017 Wir wollen keine Substanzsteuern einführen ~~[CSU: und auch nicht erhöhen].~~

2018

2019 Die unter dieser Prämisse verbleibenden finanziellen Spielräume der nächsten  
2020 vier Jahre wollen wir im angemessenen Umfang ~~[GRÜNE: zu 2/3]~~ für  
2021 Investitionen und ~~[GRÜNE: zu 1/3]~~ für Entlastungen nutzen. ~~[GRÜNE: Das~~  
2022 ~~finanzielle Volumen beläuft sich bezogen auf den Zeitraum von 2018 bis 2021~~  
2023 ~~kumuliert auf xx Mrd.]~~

2024

2025 Daraus wollen wir folgende Maßnahmen prioritär umsetzen und finanzieren:

2026

2027 Entlastung von Familien, kleineren und mittleren Einkommen und Abbau des  
2028 Soli

2029 ~~[GRÜNE: Nachhaltige Finanz- und Steuerpolitik bedeutet, Leistung zu~~  
2030 ~~honorieren und dass die Ungleichheit in der Gesellschaft nicht zu verstärkent~~  
2031 ~~wird].~~ Unser Ziel ist es, insbesondere Familien und die Bezieher von kleineren  
2032 und mittleren Einkommen zu entlasten bzw. zu fördern. Dazu werden wir zum  
2033 xxxxxx das Kindergeld um 25 EUR je Kind anheben und den Kinderfreibetrag  
2034 ~~[Streichungswunsch GRÜNE: entsprechend]~~ erhöhen. ~~[GRÜNE: Zusätzlich~~  
2035 ~~wird der Kinderzuschlag reformiert und ausgeweitet damit niemand in~~  
2036 ~~Sozialleistungsbezug fällt. (3-Mrd.-Euro pro Jahr).]~~

2037 ~~[UNION: In einem zweiten Schritt werden wir zum xxxxxx den Kinderfreibetrag~~  
2038 ~~auf den Wert des Erwachsenenfreibetrages angleichen und das Kindergeld~~  
2039 ~~entsprechend um 16 Euro erhöhen.]~~

2040 ~~(Passage muss mit Familienpapier abgeglichen werden.)~~

2041

2042 | ~~[UNION: Zudem wollen wir Familien mit Kindern über ein Baukindergeld von~~  
2043 | ~~1.200 EUR pro Kind für zehn Jahre beim Erwerb ihrer „eigenen vier Wände“~~  
2044 | ~~unterstützen.]~~

2045 | ~~(Passage muss mit Wohnenpapier abgeglichen werden.)~~

2046 |  
2047 | ~~[UNION/FDP: Der Solidaritätszuschlag wird schrittweise abgebaut. In einem~~  
2048 | ~~ersten Schritt werden wir zum xxxxxx alle Einkommen bis xx.xxxx EUR (für~~  
2049 | ~~Verheiratete xx.xxxx EUR) mit einem entsprechenden Freibetrag vom~~  
2050 | ~~Solidaritätszuschlag freistellen.] [GRÜNE: Beim Solidaritätszuschlag wird die~~  
2051 | ~~Freigrenze auf xx Euro angehoben.]~~ Damit fällt für xx Prozent aller bisherigen  
2052 | Zahler im unteren und mittleren Einkommensbereich der  
2053 | Solidaritätszuschlages vollständig weg, ~~[UNION/FDP: alle anderen zahlen~~  
2054 | ~~spürbar weniger].~~

2055 | In einem zweiten Schritt wird ~~[GRÜNE: haushaltsneutral/aufkommensneutral]~~  
2056 | ~~der Freibetrag [GRÜNE: Freigrenze] auf xxxxx EUR angehoben und damit für~~  
2057 | ~~xx Prozent der Bevölkerung vollständig abgeschafft. [UNION/FDP: In einem~~  
2058 | ~~dritten Schritt zum xxxxxx wird der Solidaritätszuschlag für alle vollständig~~  
2059 | ~~abgeschafft] [GRÜNE: Die Gegenfinanzierung muss verteilungspolitisch~~  
2060 | ~~neutral erfolgen.]~~

2061 |  
2062 | Wir werden den gesetzlich verfassungsrechtlichen Auftrag zur Anpassung des  
2063 | Grundfreibetrages und umsetzen und damit die Steuerzahler jährlich [um xx  
2064 | EUR]entlasten. ~~[UNION/FDP: und zusätzlich die kalte Progression abmildern.]~~

2065 |  
2066 | ~~[UNION/FDP: Darüber hinaus wollen wir in einer Einkommenssteuerreform~~  
2067 | ~~zum xxxxxx die Bürgerinnen und Bürger um xx Mrd. EUR entlasten und~~  
2068 | ~~zusätzlich die kalte Progression abmildern.]~~

2069 |  
2070 | Wir prüfen zur Vereinfachung des Steuerrechts.

2071 |  
2072 | Investitionen in die Zukunft

2073 | Wir wollen bezahlbares Wohnen ermöglichen und das Wohneigentum stützen.  
2074 | Um Investitionen in dringend benötigte ~~[GRÜNE: und sozial und~~  
2075 | ~~Mietengebundene] [Miet-] Wohnungen~~ anzureizen, werden wir zum xxxxxx  
2076 | die degressive AfA für den ~~[GRÜNE: sozialen] Wohnungsneubau~~  
2077 | ~~wiedereinführen.~~

2078 |

2079 [UNION: Zudem wollen wir Familien mit Kindern über ein Baukindergeld von  
2080 1.200 EUR pro Kind für zehn Jahre beim Erwerb ihrer „eigenen vier Wände“  
2081 unterstützen.]

2082  
2083 [FDP: Freibetrag Grunderwerbssteuer(Formulierung fehlt)]

2084  
2085 Zur Förderung der energetischen Gebäudesanierung werden wir ab 2018 für  
2086 fünf Jahre eine entsprechende Sonderabschreibung für die Sanierung  
2087 selbstgenutzter Gebäude einführen [GRÜNE: und ein Paket „Faire Wärme“ in  
2088 Höhe von 3 Mrd. Euro pro Jahr verabschieden (u.a. energetische  
2089 Modernisierung von Wohnvierteln/ kommunalen Gebäuden, 10.000  
2090 Wärmespeicher). Dies alles] Dies wollen wir mit der gleichgerichteten  
2091 Förderung aus dem Energie- und Klimafonds kombinieren um  
2092 Doppelförderungen zu vermeiden.

2093  
2094 Die Forschung und Entwicklung von [UNION/GRÜNE: kleinen und mittleren]  
2095 Unternehmen wollen wir ab dem Jahr xxx [GRÜNE: mit 770 Mio.] [Union: XX  
2096 Mrd. Euro] [FDP: XX Mrd.] pro Jahr (gesamstaatlich)] steuerlich fördern.

2097  
2098 Für den Ausbau der digitalen Infrastruktur wollen wir mit den Erlösen aus der  
2099 Versteigerung der 5G-Lizenzen [und aus Privatisierungserlösen] einen  
2100 entsprechenden Investitionsfonds mit einem Volumen von x,x Mrd. EUR  
2101 einrichten. Die darüber hinausgehenden Mittel werden zum weiteren  
2102 Breitbandausbau verwendet. Aus diesem soll mit einem Volumen von x Mrd.  
2103 EUR der digitale Anschluss und die digitale Ausstattung von Schulen und  
2104 Berufsschulen] gefördert werden. Die darüber hinausgehenden Mittel werden  
2105 zum weiteren Breitbandausbau verwendet.

2106  
2107 [GRÜNE: Soweit Maßnahmen zur Reduzierung des Pestizideinsatzes und der  
2108 Verbesserung der Tierhaltung nicht durch Ordnungsrecht erfolgen, sollen  
2109 diese durch Verlagerung von 1. In die 2. Säule der GAP finanziert werden.  
2110 Soweit Maßnahmen aus der GAK zu bezahlen sind, müssen sie durch  
2111 Streichung von Subventionen an anderer Stellen gegenfinanziert sein. (siehe  
2112 Vereinbarungen Agrar)]

2113  
2114 [Von allen Sondierungspartner geklammert: Den Kommunen wollen wir  
2115 finanzielle Spielräume, auch für Investitionen, erhalten, indem wir sie auch in  
2116 den Jahren 2019 bis 2021 bei den Kosten für die Aufnahme und Integration  
2117 von Flüchtlingen und Asylbewerbern entlasten. [In diesem Zusammenhang ist

2118 die Abfinanzierung des Fonds Deutsche Einheit zu entscheiden.] Die bisherige  
2119 auf mehrere Maßnahmen verteilte Entlastung (Integrationspauschale,  
2120 Spitzabrechnung, KdU, Kosten minderjährige Flüchtlinge) wollen wir in eine  
2121 neu zu beschließende Integrationspauschale von xx Mrd. EUR pro Jahr  
2122 zusammenfassen.]

2123  
2124 **[CSU:** Die von Bund und Ländern vereinbarte Fortführung des GVFG bringt  
2125 dauerhafte Vorteile für alle Verkehrsteilnehmer. Wir werden die  
2126 Fördersummen entsprechend zusätzlicher besonderer Bedarfe, insbesondere  
2127 an Verkehrsknotenpunkten, angemessen anpassen.]

2128  
2129 **[GRÜNE:** Zur Grundsteuer steht eine Entscheidung des  
2130 Bundesverfassungsgerichts an. Zum Erhalt einer verlässlichen Finanzbasis der  
2131 Kommunen werden wir eine verfassungskonforme aufkommensneutrale  
2132 Reform der Grundsteuer ermöglichen. Dazu werden wir zügig in eine  
2133 entsprechende Beratung auf Basis des Bundesratsbeschlusses einsteigen.]

2134 ~~**[UNION/FDP:** Für eine langfristige, verfassungsfeste und unbeschadet des~~  
2135 ~~kommunalen Hebesatzrechtes weitgehend aufkommensneutrale~~  
2136 ~~Neugestaltung der Grundsteuer erwarten wir einen einvernehmlichen~~  
2137 ~~Gesetzgebungsvorschlag der Länder.]~~

2138 **[GRÜNE:** Um die seit 2015 bestehende Verpflichtung zur Erfüllung der Quote  
2139 bei der Entwicklungszusammenarbeit zu erreichen, werden wir in einem ersten  
2140 Schritt im Rahmen der Überarbeitung der mittelfristigen Finanzplanung die von  
2141 der alten Bundesregierung vorgesehenen Aufwüchse bei den  
2142 Verteidigungsausgaben (10 Mrd. Euro) zur Finanzierung von ODA-relevanten  
2143 Aufgaben der Entwicklungszusammenarbeit verwenden.]

2144  
2145 **[GRÜNE:** Wir wollen angesichts der großen Herausforderungen zugunsten  
2146 der Zukunft Europas einen angemessenen deutschen Beitrag zum EU-  
2147 Haushalt leisten. Unser Ziel ist eine bessere Gesamtmittelausstattung der EU,  
2148 so dass sie die ihr übertragenen Aufgaben sachgerecht erfüllen kann. Dazu  
2149 werden 8 Mrd. Euro jährlich zur Verfügung gestellt.]

2150  
2151 Abbau von Subventionen / weitere Maßnahmen  
2152 Wir treten für einen konsequenten Kampf gegen Geldwäsche, unfairen  
2153 Steuerwettbewerb, Steuervermeidung und Mehrwertsteuerbetrug ein. Wir  
2154 wollen einen verbindlichen und effektiven Informationsaustausch zwischen

2155 nationalen Steuerbehörden. Eine gemeinsame Steuerbemessungsgrundlage  
2156 mit Partnern in Europa streben wir an  
2157 Zur weiteren Bekämpfung des Umsatzsteuerbetruges beim Handel mit Waren  
2158 im Internet werden wir gesetzliche Regelungen schaffen, um Betreiber von  
2159 elektronischen Marktplätzen, die den Handel unredlicher Unternehmer über  
2160 ihren Marktplatz nicht unterbinden, für die ausgefallene Umsatzsteuer in  
2161 Anspruch zu nehmen.

2162  
2163 **[GRÜNE: Finanzpolitik soll durch Steuern keine falschen und**  
2164 **umweltschädlichen Anreize setzen. Außerdem schaden umweltschädliche**  
2165 **Subventionen dem Wettbewerb und bremsen Innovationen. Daher überprüfen**  
2166 **wir Subventionen, die den Klimazielen widersprechen, mit dem Ziel, eines**  
2167 **Abbaus in Höhe von 10 Mrd. Euro innerhalb der Legislaturperiode.]**

2168  
2169 Grundsätze der Priorisierung  
2170 Das finanzielle Volumen dieser prioritären Maßnahmen beläuft sich bezogen  
2171 auf den Zeitraum von 2018 bis 2021 kumuliert auf xx Mrd. EUR.

2172  
2173 Alle weiteren Maßnahmen, auf die sich die Koalition einigt, können nur  
2174 finanziert werden, wenn sich zusätzliche finanzielle Spielräume ergeben oder  
2175 eine entsprechende Gegenfinanzierung sichergestellt wird.

2176  
2177 Im Falle zusätzlicher finanzieller Spielräume sollen die folgenden Maßnahmen  
2178 zuerst umgesetzt werden: